

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 11 vom 16. März 1984

18. Jahrgang

1 DM

Still gestanden!

Hans Apel kommt. Auf die Berliner zu. Als guter Parteisoldat (er war ja schon mal wesentlich mehr) fühlt er sich verpflichtet, für die Wahlen in Westberlin die Spitzenkandidatur der SPD zu übernehmen. Nun, das Sprungbrett Westberlin war schon Zwischenstation (und Falltür) für so manche Politikkarriere, warum sollte es Hans Apel nicht auch versuchen. Um so mehr, als dieser Mann wahrhaft Programm ist. Nicht nur ein Parteisoldat, sondern auch einer, der keine Parteien mehr kennt, war er in Bonn lange genug Oberbefehlshaber, stand für Sozialabbau und Aufrüstung, für Traditionserlaß und verschiedenste Versuche zur Einführung der Wehrkunde.

Da wird doch wohl keiner gegen sein, oder? Falls doch, dann werden Apel und seine Truppe schon einmal mehr wissen, wie man den zu behandeln hat, in der Zange zwischen Parteisoldaten und Kanalarbeitern.

Hallelujah

an den amerikanischen Schulen. Ronald Reagan hat sich — einmal mehr vor einem Wahlkampf — zum Fürsprecher einer Forderung der „moral majority“ gemacht und eine Kampagne für die Wiedereinführung des Schulgebets gestartet.

In einem Land, in dem sich eine breite Front für die Bibel gegen Darwin auftut, wo Kritik an imperialistischem Engagement erst breit wird, wenn es ein Fiasko war, wie jetzt im Libanon, da erscheint auch ein solcher Schritt als durchaus denkbar. Obwohl die offiziellen Kirchen selbst dagegen sind. Aber die Basis für einen solchen „Weltanschauungskrieg“, der er nach Darstellung seiner Organisatoren bewußt sein soll, das sind auch andere Kräfte. Das sind jene fanatisch-puritanischen klassischen Amerikaner im wesentlichen eben aus den Gebieten des Mittelwestens, die reaktionären Frauen- und Veteranenvereine, kurz: Eben genau jene Koalition, die entscheidend gewesen war für Reagans Wahlsieg vor vier Jahren, die er jetzt erneut zusammenzubasteln versucht.

35 Stunden: Unternehmer lassen umfragen

Warnstreiks passende Antwort

Erste Warnstreikaktionen gut angelaufen

Während die Unternehmer sich in der letzten Woche noch mühten, durch die Präsentation einer selbstverständlich superrepräsentativen Meinungsumfrage des Emnid-Instituts, den Nachweis zu führen, daß immer weniger Arbeiter und Angestellte für die 35-Stunden-Woche sind, boten die ersten Warnstreikaktionen, zu denen die IG Metall aufrief, ein anderes Bild: gute Beteiligung, kämpferische Stimmung.

Über 2000 Kolleginnen und Kollegen begannen am Montag in Gelsenkirchen die Frührschie mit Warnstreiks, drei Demonstrationen und einer Kundgebung für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn. An der Aktion nahmen Arbeiter und Angestellte aus 13 Gelsenkirchener Betrieben teil.

Über 3500 Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich Montagnachmittag in zehn Betrieben im Bereich der IGM-Verwaltungsstelle Reutlingen an Warnstreiks.

Der Kapitalistenverband Gesamtmetall ließ sofort erklären, die durch Warnstreik verursachten Ausfallzeiten würden nicht bezahlt.

Einen neuen Höhepunkt erreichte auch die Hetze der Unternehmer gegen die 35-Stunden-Woche und die Gewerkschaften. Die Handwerksmesse in München wurde mit Lambsdorff und Strauß als Starredner zu einem wahren Tribunal gegen die 35 Stunden. Lambsdorff unterstrich in seiner Rede, daß die auch von den „Mittelständlern“ kritisierte Bonner Vorruhestandsregelung „auf eine be-

stimmte Gruppierung in den Gewerkschaften“, also auf die Spaltung der Gewerkschaften abziele. Auch Strauß machte deutlich, daß er auf eine Spaltung der Gewerkschaften in dieser Frage spekuliert.



Lambsdorff verstieg sich auf einer FDP-Wahlveranstaltung in München dazu, im Zusammenhang mit Arbeitszeitverkürzung von „gewaltsamer Änderung“ der Wirtschaftsordnung“ zu sprechen.

Derartige Bestrebungen ka-

men in den Warnstreikaktionen bislang leider noch nicht zum Ausdruck. Aber Einheit und Kampfbereitschaft wurde demonstriert. Das muß jetzt verstärkt weitergeführt werden. Einer der Redner der Gelsen-

kirchener Kundgebung erklärt in Anspielung auf die Unternehmer-Umfragen unter dem großen Beifall der Kollegen: „Wir werden eine Umfrage machen, und das ist die Urabstimmung, wenn Gesamtmetall bei der Blockadepolitik bleibt.“

Türkische politische Gefangene kämpfen um ihr Leben

Elf politische Gefangene ermordet

Während Genscher sich in der Türkei von den Fortschritten in Sachen Demokratisierung überzeugt hat und weitere große Geschäfte mit den faschistischen Generalen plant, sitzt die politische Opposition in der Türkei unter unmenschlichen Bedingungen in den Gefängnissen und wehrt sich mit dem letzten Kampfmittel von Gefangenen, mit Hungerstreiks gegen die Haftbedingungen und die Folter.

Als Genscher während seines Türkei-Besuchs die Presseberichte über Menschenrechtsverletzungen ansprach, erklärte der Staatschef, Ex-General Evren kurz und bündig, die Berichte seien „übertrieben“ und von Kommunisten in die Welt gesetzt und weiter: „Foltern liegt den Türken gar nicht!“

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Noch am gleichen Tag wurde bekannt, daß 450 Häftlinge im Mamak-Gefängnis in

Ankara ihren Hungerstreik fortsetzen wollen, bis endlich Schläge und Folterungen aufhören. Der Hungerstreik begann am 26. Februar 1984. Nach ersten Meldungen aus Ankara wurden auf die Hungerstreikenden Hunde gehetzt. Die Schäferhunde haben zahlreiche Gefangene schwer verletzt.

Beim Hungerstreik im Militärgefängnis von Diyarbakir in der Ost-Türkei, wo besonders viele Kurden, Angehörige einer

unterdrückten und von Völkermord bedrohten nationalen Minderheit einsitzen, sind mindestens acht Gefangene getötet worden, nachdem Sicherheitskräfte das Feuer auf Hungerstreikende eröffneten. Hier soll der Hungerstreik mittlerweile beendet worden sein. In anderen Gefängnissen geht er weiter, trotz der bisher schon elf Todesopfer, die die Nachrichtenagentur apf meldet.

Die kämpfenden Gefangenen in der Türkei haben nur eine Chance, wenn sich für sie eine breite internationale Solidarität entwickelt, die Druck auf die Diktatur in der Türkei ausübt. Tun wir unseren Teil dazu.

Diese Woche

Zur Landtagswahl in Baden-Württemberg —

Seite 3

„BLIND“-Extra zur 35-Stunden-Woche —

Seiten 5 — 8

Hintergründe aus Grenada —

Seite 11

Protest gegen Schulschließungen in Bremen

1,2 Milliarden DM will die Regierung des Stadtstaates Bremen einsparen. Wie anderswo auch, soll das Loch in der Kasse vor allem durch Einsparungen im Bildungs- und Sozialbereich gestopft werden. Bei den Kindergärten sollen Gebühren erhöht und Stellen und Plätze gestrichen werden. Im Bildungsbereich steht ein Kahlschlag sondergleichen an. Zehn Schulen sollen dichtgemacht, 38 Gebäude geräumt und z. T. verkauft werden.

Die Protestwellen in Bremen schlagen hoch. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Eltern und Schüler wehren sich gegen den Schulklaus und gegen die Geheimpolitik, die der Bremer Senat mit seinen Sparplänen im Bildungsbereich betrieben hat.

Empörung herrscht auch über das Hauptargument, das Bildungssenator Horst-Werner Franke für die Schulschließungen ins Feld führt. Denn angeblich sollen aus heutigen Schulgebäuden in Zukunft nicht etwa deshalb Bank- und Discountmarktniederlassungen werden, weil der Bremer Senat so an Geld kommen will, sondern weil es zu wenig Schüler für zu viel Schulen gibt. So jedenfalls steht es im Bildungsplan des Senators Franke mit dem Titel „Die bremischen

Schulen im Übergang zu den 90er Jahren“. Daß Eltern, Lehrer und Schüler von einer solchen Gefahr der Verödung von Bremens Schulen noch nichts gemerkt haben, interessiert den Schulsenator nicht.

Im bremischen Schulprotest schwingen aber unüberhörbar auch reaktionäre Töne mit. Unter den Schulen, die geschlossen werden sollen, sind vier der sechs Gymnasien, die es in Bremen gibt. Und die CDU sieht in der allgemeinen Empörung über die Kürzungen im Bildungsbereich eine willkommene Gelegenheit, für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems, gegen die sogenannte „demokratische Leistungsschule“, die im Bremer Schulgesetz 1975 beschlossen wurde, mobil zu machen.

Robin-Wood-Blockade gegen Boehringer

Polizeiaktion gegen Umweltschützer

Umweltschutz: Heutzutage, glaubt man den öffentlichen Aussagen, ein Problem, das quer durch alle politischen Fronten gesehen wird. Nicht so, wenn eine Gruppierung wie „Robin Wood“ eine ihrer Aktionen durchführt, die sich von vielen anderen dadurch unterscheiden, daß sie sehr direkt gegen die jeweiligen Verursacher von Umweltschäden gerichtet sind, und dies meist auf Aufsehen erregende Weise.

Vor wenigen Tagen versammelten sich also rund 40 Mitglieder von „Robin Wood“ und einer Hamburger Umweltschutzorganisation vor dem Hamburger Werk der Firma Boehringer.

Die Blockadeaktion an den Werkstoren war als Protest gegen die in diesem Werk immer noch anfallende Dioxin-Produktion gedacht.

Erst kürzlich war von Hamburger Ämtern bekannt gegeben worden, daß auf dem Firmenge-

lände ähnliche TCDD-Konzentrationen zu finden waren, wie auf der berühmten Mülldeponie Georgswerder. Diese veröffentlichten Ergebnisse der Bodenprobenanalysen waren für die Umweltschützer eine endgültige Bestätigung schon oft geäußelter Verdachte gegen Boehringer.

Zwei Stunden lang wurde die Werkszufahrt blockiert, dann kam die Polizei und räumte ab — am Geschäftsleben hört eben der Sinn für Umweltschutz nach wie vor eindeutig auf.

Zwar wird zunehmend mehr über eine Gefährdung durch Gifte aus der Chemieproduktion geredet und geschrieben, von allen Seiten, und das um so mehr, je eindeutiger die wachsende Zahl bekannter Fakten ist.

Aber, wehe es kommt einer auf die Idee, etwas dagegen — und eben nicht nur irgendwas dagegen, sondern gegen bekannte Verursacher — zu machen. Dann beendet ein Polizeieinsatz wie dieser sehr schnell die offene Debatte und verfrachtet die Teilnehmer möglichst in geschlossene Räume.



Solidaritätskleber 1, — DM
Zu bestellen bei Verlag RM,
Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Den Erlös aus dem Verkauf der Kleber überweisen wir dem Solidaritätskomitee für die politischen Gefangenen in der Türkei.

Massensterben am Golf

Mit Daimler-Transportern gegen Rheinmetall-Raketen

Der „Golfkrieg“ zwischen Iran und Irak, der nun schon so lange dauert, wird in den bundesdeutschen Medien mit Vorliebe als blutrünstiges Schlachtfest exotischer, mittelalterlicher Diktatoren hingestellt, über das sich die „zivilisierte Welt“ moralisch zu entrüsten hätte. Tatsache aber ist, daß nahezu alle imperialistischen Großmächte in diesen Krieg — auf verschiedenste Weise — verwickelt sind.

Sicher: Was den Verkauf von Kriegsgerät anbetrifft, so macht heute Frankreich den dicksten Schnitt. Die hochgerüstete irakische Armee hat „made in France“-Waffen als Kernbestandteil ihrer modernen Rüstung — nicht zuletzt deshalb, weil Frankreich auch die massivsten wirtschaftlichen Interessen mit dem Irak hat. 13 Milliarden Mark — das ist, umgerechnet, die Summe, mit der der Irak an Paris verschuldet ist.

Ohne Zweifel aber ist der Irak auch ein besonders wichtiger Handelspartner der BRD. Mehrere Jahre lang war der Irak sogar der wichtigste Wirtschaftspartner Bonns im arabischen Raum, und dabei nahm der Waffenhandel und allgemein militärische Geschäfte einen wachsenden Raum ein. So kaufte der Irak im Januar 81, kurz nach Kriegsbeginn 30 „Alpha-Jets“-Bodenkampflugzeuge, die gemeinsam von Dassault und Dornier hergestellt werden. Und — wenig überraschend — Dornier ist, zusammen mit der Carl-Duisberg-Gesellschaft auch an der Ausbildung von 25 irakischen Luftwaffenangehörigen seit November letzten Jahres in Saarbrücken beteiligt. Abwehrraketen verschiedenster Art, die der Irak verfeuert, lassen unter anderem die Kassen der Rheinmetall klingeln.

Auf der anderen Seite, die Geschäfte mit dem Iran entwickeln sich prächtig, werden die iranischen Massenaufgebote an die Front gekarrt mit Daimler-Lastwagen, die laut einem

vor zehn Jahren mit dem Schah abgeschlossenen Vertrag ständig abgeliefert werden. Die einzige Ausrüstung dieser Menschen, die als Kanonenfutter dienen, ist oft genug das im Iran in Lizenz gebaute Sturmgewehr von

Heckler und Koch.

Solche Beispiele ließen sich vermehren. Für die Bundesrepublik, für Großbritannien, für die USA und die UdSSR. Die an Saudi-Arabien gelieferten „AWACS“ beispielsweise werden ganz offen zugunsten des Irak eingesetzt.

Sicherlich ist die Frage des Krieges zwischen Iran und Irak eine sehr komplexe. (Siehe dazu auch den Leserbrief auf Seite 10, der sich mit dem ent-

sprechenden Artikel im RM 5/84 befaßt und Fragen aufwirft, die noch zu behandeln sein werden). Daß er heute deutlicher denn je ein Verbrechen beider beteiligten Regierungen darstellt, ist aber dabei keine komplizierte Frage, sondern eine simple Tatsache. Wie eben auch, daß die imperialistischen Mächte dabei keineswegs passive Zuschauer sind, die lediglich ihre Sympathie verteilen. Nein, so wie sie aktiv am Entstehen dieses Krieges gearbeitet haben, im wesentlichen durch die Mobilisierung des Irak als Speerspitze, so sorgen sie heute aktiv für seine blutige Fortführung.

Der Waffenhandel der BRD ist dabei weitaus größer als er aus offiziellen Statistiken erscheint. Denn in diesen Zahlenreihen, in denen die BRD heute Italien überholt hat und dicht hinter Großbritannien den fünften Platz dieser verbrecherischen Weltrangliste einnimmt, werden weder Gemeinschaftsproduktionen noch Handfeuerwaffen noch Waffenfabriken mitgezählt — gerade bei den beiden letzten Sparten aber liegt die BRD weit vorne, selbst noch vor Frankreich. Dementsprechend groß ist auch die Palette der Lieferungen an Irak, Iran und Saudi-Arabien.

Das politische Interesse der verschiedenen imperialistischen Staaten an der Fortsetzung dieses Krieges scheint es dabei immer deutlicher zu sein, die beiden Regime so weit zu schwächen, ausbluten zu lassen, die Nachbarstaaten so weit in Gefahr zu bringen, daß sich alle Seiten direkter und offener „anlehnen“ müssen. Daß das Ausbluten dabei durchaus wörtlich zu verstehen ist, daß Aber-tausende sterben müssen, auch für diese Ziele, das bekümmert die „Geschäftsleute des Todes“ wie von jeher überhaupt nicht.



Kriegsschäden wachsen immens: Iranische Hafenanlagen nach einem irakischen Bombardement — mit französischen Flugzeugen

Massenansturm bundesdeutscher Politiker

Was bedeutet der Messerummel in Leipzig?

„Wer zählt die Parteien, nennt die Namen?“, so ungefähr läßt es sich fragen, wenn die ganze Berichterstattung von der Besuchergala bei der diesjährigen Leipziger Messe über den Fernsehschirm läuft. Und als Spitzenstar einmal mehr Franz Josef von Bayern. Über 100 Abgeordnete aus Bundestag und Landtagen, drei Ministerpräsidenten von Bundesländern, und so weiter und so fort.

Sicher: Seit dem von Strauß vermittelten Milliardenkredit vom letzten Jahr war deutlich sichtbar geworden, daß es recht starke gemeinsame, besser: gegenseitige wirtschaftliche Interessen nach wie vor gibt. Dabei war insbesondere zu sehen, daß die großspurigen revanchistischen Tiraden aus den Reihen der neuen Regierungsparteien offensichtlich zunächst einmal als nur für den weltanschaulichen Bereich gültig betrachtet wurden. Das Geschäft geht vor und das DDR-Geschäft ist ihnen offensichtlich wichtiger als mancher — einschließlich uns — zu glauben bereit war.

Am meisten überraschend dabei ohne Zweifel, daß ausgerechnet ein Franz Josef Strauß als Protagonist dieser Politik auftritt — ein Kurs den er beibehalten hat, das wurde auf dieser Leipziger Messe durch seine ver-

schiedenen Äußerungen deutlich.

Dies wurde jetzt erst recht deutlich: Es ist für Strauß offensichtlich in erster Linie ein Terrain, auf dem er seine Regierungsfähigkeit beweisen will, zeigen will, daß eine Bundesregierung mit ihm — sei es an der Spitze, sei es in führender Stellung — nicht isolierter, sondern im Gegenteil kontaktreicher wäre als ohn ihn.

Bei diesem Vorhaben, auch dies wurde erneut deutlich, hilft ihm Erich Honecker, der natürlich mit seinen ständigen Gesprächen Strauß aufwertet. Da kommen Erinnerungen an die maoistische Politik der ersten Hälfte der siebziger Jahre hoch.

So ist also die Bestätigung der Tendenzen, die sich mit dem Milliardenkredit im letzten Jahr zeigten, das erste Ergebnis dieses Leipziger Messerummels.

Zum zweiten zeugen diese Vorgänge, was in den begleitenden Kommentaren der SPD-nahen Presse überdeutlich wird, von einer Art Fassungslosigkeit der SPD-Führung, ausgerechnet auf diesem Feld vom kalten Krieger Strauß überrollt zu werden. Und dementsprechend das intensive Bemühen, hier wieder an Boden zu gewinnen, die selbst behauptete Unersetzlichkeit in dieser Frage wenigstens ansatzweise aufrechtzuerhalten.

Und drittens wird erneut, mit neuen Tatsachen, untermauert, wie stark die wirtschaftlichen Verbindungen sind, wie stark auch von der DDR-Führung zunehmend in die wirtschaftliche Abhängigkeit gesteuert wird. Das betraf im letzten Jahr den teuren Milliardenkredit. Das betrifft in diesem Jahr vor allem die verschiedenen Meldungen über den Einsatz hochqualifizierter DDR-Arbeiter und Fachleute, die sich — unter anderem bei VW — als Lohndrücker betätigen.

Es wäre falsch, daraus zu schließen, daß diese Bundesregierung, daß die politische Reaktion in diesem Land ihre re-

vanchistischen Ziele sozusagen zurückgestellt hätte. Die ideologische Begleitmusik ist zwar zentral ausgesprochen reduziert worden, geht aber vor Ort ungebrochen weiter. Die verschiedensten rhetorischen Ausfälle der Jahreswende 82/83 halten natürlich keinen Vergleich aus, mit den heutigen „staatsmännischen“ Äußerungen. Es bleibt aber erneut zu unterstreichen, daß eben auch die wirtschaftliche Durchdringung eines Landes ein Weg ist, sich für weitergehende Forderungen Bastionen zu schaffen — dafür braucht es zwei Seiten, und deshalb findet „man“ Honecker plötzlich gar nicht mehr so schlimm.

Das sind alles keine Neuerungen der Art, daß damit Hindernisse für ein plötzliches Wiederrumschlagen auf einen offenen aggressiven Stil errichtet würden, der Weg der Kritik an ausbleibenden „Gegenleistungen“ etwa wird beständig gepflegt. Aber es sind, wie gesagt, andere Töne als um die Zeit des Bonner Regierungswechsels, Veränderungen, die auf beiden Seiten aus unterschiedlichen Gründen stattgefunden haben.

8. März 1984:

Frauen gehen für ihre Forderungen auf die Straße

Tausende von Frauen machten am 8. März öffentlich Druck für ihre Forderungen. Mit Informationsständen, Veranstaltungen und Demonstrationen, die in einigen Städten wie Hamburg und Frankfurt schon Tradition haben, in anderen Städten wie in München und Dortmund erstmalig stattfanden. Der beherrschende Eindruck bei all diesen Aktivitäten: die Frauen lassen sich durch die Bonner Wendepolitiker nicht einschüchtern. Sie kämpfen für ihre Rechte — jetzt erst recht!

Im Mittelpunkt der meisten Aktivitäten stand der Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Aber es ging auch gegen den Sozialabbau auf Kosten der Frau, gegen die Benachteiligung der Frauen am Arbeitsplatz, gegen die Bonner Aufrüstungspolitik. Im Folgenden ein kurzer Bericht vom 8. März in Darmstadt — als ein Beispiel von vielen.

Vor einigen Jahren haben die Frauen hier in der Gewerkschaft durchgesetzt, daß der 8. März wieder zum festen Aktionstag wird und seitdem ist es in Darmstadt Tradition, daß die Gewerkschaftsfrauen zum Internationalen Frauentag eine Veranstaltung durchführen, so auch jetzt wieder am vergangenen Samstag. Die Veranstaltung war gut besucht, ca. 400 bis 500 Leute, vorwiegend Frauen, drängten sich ständig in und vor dem viel zu kleinen Hans-Böckler-Saal im Gewerkschaftshaus. Mit großem Interesse wurde das Programm verfolgt, das mit Liedern einer Songgruppe von türkischen Frauen begann. Danach betonte eine chilenische Kollegin in ihrer Rede besonders die Bedeutung der internationalen Solidarität.

Der Hans-Eissler-Chor rief mit mehreren Liedern alle Frauen auf, sich zu wehren und sich zusammenzuschließen. Den Schluß seiner Beiträge bildete ein kurzes Lied mit etwa folgendem Inhalt: Führer wurden die Frauen, die sich nicht klein kriegen lassen wollten, als Hexen verbrannt — und man

dachte, sie sind tot — sie kamen aber wieder — denn die Hexen, das sind wir!

Eine Kollegin der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, Kolleginnen der HBV und die Frauentheatergruppe des DGB gingen in ihren darauffolgenden Beiträgen auf die vielschichtige Unterdrückung der Frauen ein, z. B. Leichtlohngruppen, Teilzeitarbeitsplätze z. T. ohne Sozialversicherung, Männer als Chefs, § 218, Degradierung zu Sexualobjekten durch Werbung etc. Immer wieder zeigten sie dabei auf, daß die Wende in Bonn insbesondere eine Wende gegen die Frauen ist: Die Frauen sollen zurückgeschickt werden an den Herd, § 218 und Mutterschutzgesetze sollen noch schlechter werden, von Rationalisierung sind besonders stark Frauenarbeitsplätze betroffen, man plant Frauen zur Bundeswehr zu holen usw.

Zum Ausklang der alles in allem wirklich gelungenen Veranstaltung wurde zum fetzigen Sound einer Frauenrockgruppe bis Mitternacht getanzt.

Volksfront Seminare zum Thema 35-Stunden-Woche und Aussperrung Achtung: Terminänderung!

Stuttgart, 17. März, 18.00 Uhr, Bücherstube Ost, Hausmannstr. 107

Hannover, 24. März (nicht wie ursprünglich angekündigt am 17. März), 17.00 Uhr, (Ort bitte bei der Volksfrontgeschäftsstelle erfragen)

Zu diesen Seminaren ist jeder Interessierte herzlich eingeladen!

Aktivtreffen zur Friedensarbeit

Am 24.3.84, 11.00 Uhr findet in Münster ein Aktivtreffen zur Friedensarbeit statt. Auf dem Programm: Vorbereitung der Aktionskonferenz der Friedensbewegung im Mai, Ostermärsche, Beteiligung an einem Anti-Nato-Komitee u. a. M. Jeder Interessierte ist herzlich willkommen.

Anmeldungen bei der Volksfrontgeschäftsstelle in Aachen. Dort ist auch der Ort für das Treffen zu erfahren.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Nr. 79 600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Landtagswahlen in Baden-Württemberg

Keine Stimme den Bonner Wendeparteien

Stimmungsbild

Großveranstaltung der CDU am 11. März in der neubauten Hanns-Martin-Schleyer-Halle. Höhepunkt des Landtagswahlkampfes. 8000 Anhänger sind aus dem ganzen Land angereist. Volksfeststimmung, amerikanischer Wahlkampf. Der Bundeskanzler zieht mit Gefolge in die Halle ein. Die Menge erhebt sich von den Plätzen. Die Kapelle spielt: „Ein Freund, ein guter Freund“, das Bad in der Menge, dann die Begrüßung durch den Fraktionsvorsitzenden Teufel. (Kurze Erinnerung: Gab es da nicht Genossen in Karlsruhe, die hatten CDU-Plakate mit der Aufschrift „Teufel kommt“ ergänzt um den Vornamen „Fritz“, da stand dann drauf „Fritz Teufel kommt — CDU“. Solche Art von Scherzen werden in Baden-Württemberg strafrechtlich verfolgt ...)

Das ist Tradition — schon an der Begrüßung der Ehrengäste erkennbar. Kohl und Späth — die Hauptmatadoren. Dann aber geht's weiter: Bundeskanzler a. D. Kurt Georg Kiesinger — „der Architekt der Völkerfreundschaft“ — das ist doch der Mann, der im Reichspropagandaministerium für Ostpropaganda zuständig war — im Dienst der Völkerfreundschaft? Dr. Hans Filbinger — „der Mann, der die CDU stark gemacht hat“ — brausender Beifall für den Blutrücker, der nach Kriegsende noch den Matrosen Kröger wegen Feigheit zum Tode verurteilt hat. Nur Nazis hier?? Nein, stellvertretend für alle anderen Ehrengäste wird der Bundesverteidigungsminister begrüßt, Manfred Wörner, Ovationen der Menge, nein, kein alter Nazi —, aber war da nicht was? Schließlich — die Stimme des Begrüßungsredners wird verhalten — Gedenken an Hanns-Martin Schleyer, der für „unsere Sache sein Leben gelassen hat“ — aber wieviele hatte er auf dem Gewissen — damals im Protektorat Böhmen und Mähren als Zuständiger für die Beschaffung von Arbeitskräften?

Gruselkabinett in Baden-Württemberg? Protest im Lande? Nein — dies ist die Großkundgebung der Partei, die hier die absolute Mehrheit hat, die sie auch aller Wahrscheinlichkeit nach behalten wird — einer „zielbewußten und zuverlässigen“ Partei. Erinnerungen sind wichtig — aber in diesem Wahlkampf geht es doch um etwas anderes. Schließlich stimmen die Menschen hier ja nicht für die ungebrochene Tradition alter und neuer Nazis sondern für die Erfolge, die sie erarbeitet haben, und die sie der CDU zu rechnen. Schauen wir uns das Musterlande einmal genauer an.

Baden-Württemberg — eine Übersicht

In Baden-Württemberg leben 0,2 Prozent der Weltbevölkerung, das Land bestreitet 1,5 Prozent der Weltexporte, bei ei-

nigen wichtigen Industriezweigen beträgt der Anteil über 10 Prozent (Druckerei- und Buchbindemaschinen, Zähler, Tachometer), bei der Automobilindustrie 6,5 Prozent — hier zum Vergleich die Anteile bei der PKW-Herstellung bei den USA: 7,8 Prozent. Wenn man Baden-Württemberg als eigenes Land nehmen würde, stände es in der Reihenfolge in der Welt an der 12. Stelle — noch vor Schweden, der Schweiz, Südafrika oder Australien. Die Arbeitslosenquote lag im Februar 84 bei 6,2 Prozent, damit 4 Prozent niedriger als im Bundesdurchschnitt.

Schon diese beiden Angaben sagen einiges über die Situation hier aus: so ist beispielsweise Nordrhein-Westfalen am Weltexport stärker beteiligt als Baden-Württemberg, aber hat dafür eine weit höhere Arbeitslosenquote. Das drückt die Vielseitigkeit der Industriestruktur aus, sowohl was die Breite der gefertigten Produkte anbelangt (keine einseitige Struktur) als auch die große Bandbreite von Großunternehmen wie zahlrei-

waren es in der Vergangenheit durchschnittlich.

Landtagswahlen — Ergebnis programmiert, deswegen uninteressant?

Dies ist — kurz belichtet — der Hintergrund der Wahlen, die hier am 25. März stattfinden. Wenn man bedenkt, daß es die einzigen Landtagswahlen im Jahre 84 sind, könnte man eine gewisse Spannung vermuten. Doch das ist nicht der Fall — zu eindeutig sind die Positionen. Erklärtes Ziel aller Oppositionsparteien ist es, die absolute Mehrheit der CDU zu brechen. Einmal erscheint das mehr als fraglich, zum anderen brächte das auch keine Änderung. Denn ob nun die FDP in die Regierung kommt oder nicht, das ist einzig

chen kleinbürgerlichen Vertretung im parlamentarischen Gefüge dieses Systems.

Eingreifen der KPD

Soweit zur Bestandsaufnahme. Welche Aufgaben haben wir uns nun als Kommunisten für diesen Wahlkampf gestellt? Nun, erst mal mußten wir einige Einschränkungen vornehmen.

Da ist zum ersten das Wahlrecht, das die Kandidatur kleiner Parteien sehr behindert. Es gibt nicht die Möglichkeit, eine Landesliste aufzustellen. Um im ganzen Land Stimmen zu bekommen, muß man in allen 70 Wahlkreisen Kandidaten aufstellen. Die Kandidatur von Kandidaten in einzelnen Wahlkreisen haben wir zwar erwogen, aber dann doch verworfen, angesichts der Aufgaben, die zur gleichen Zeit vor uns stehen: der aktuelle Kampf um die 35-Stunden-Woche hier im Mittelpunkt. Nicht teilen können wir allerdings eine Auffassung, die aus diesen kräftemäßigen Einschränkungen eine politische Argumentation macht — so nach dem Motto: was interessieren uns die Landtagswahlen, wenn doch noch andere wichtige Aufgaben im Klassenkampf anstehen. So einfach darf man sich nicht aus der Affäre ziehen.

Gerade angesichts der Tatsache, daß hier die Bonner Wendepolitik eine so starke Bastion hat, muß man sich Gedanken machen, wie man dies erschüttern kann, wo die Schwachstellen dieser Politik sind, wo die Politik der Reaktion auf Widerstand stößt. Das ist absolut notwendig, wenn man wirklich realistisch und ernsthaft für eine Veränderung der politischen Verhältnisse hier im Land eintritt. Sicherlich kann ich die CDU in Baden-Württemberg nicht treffen, wenn ich allgemein über Krise und Arbeitslosigkeit rede. Denn ihre Stärke liegt ja gerade auf dem Verweis: „bei uns ist das doch alles noch besser als anderswo“ — und da hat sie auch recht.

Wichtiger erscheint da folgender Gesichtspunkt: Späth ist der Politiker, der am entscheidendsten dafür eingetreten ist, das Wort „Arbeitszeitverkürzung“ vom Tabukatalog der Unternehmer zu streichen. Sein Zauberwort heißt „Flexibilisierung“. Damit macht sich die Landesregierung zum Vorreiter einer Politik, die aggressiv wie geschickt eine intensivere Ausbeutung der Arbeitskraft wie einen Generalangriff gegen die kollektiven Schutzverträge der Gewerkschaften betreibt. Deutlich zu machen ist folgendes: das, was wir hier an Steigerung der Arbeitsetze, Ausdehnung der Schichtarbeit, einem vermehrten Angebot an Teilzeitarbeit (mit Vernichtung von Arbeitsplätzen) haben — ist die Antwort des Kapitals auf die Krise, wie auch die Antwort auf den gewerkschaftlichen Widerstand.

Diesen Zusammenhang müssen wir Kommunisten aufzeigen und uns dafür einsetzen, daß sich der Widerstand dagegen politisch formiert, nicht nur in Teilbereichen sondern frontal

und organisiert.

Natürlich ist das erst einmal ein Anspruch und nicht in diesem Wahlkampf zu erreichen. Aber unsere politischen Anstrengungen machen wir von diesem Ziel abhängig. Praktisch sieht das so aus:

1. Haben wir ein Flugblatt für die Landtagswahlen gemacht, mit der zentralen Forderung: Keine Stimme den Bonner Wendeparteien. Damit wird zum Ausdruck gebracht, wenn wir bekämpfen wollen und daß wir einen klaren Unterschied zwischen der politischen Reaktion und den anderen Parteien machen.

2. Legen wir den Schwerpunkt unserer Argumentation auf die sogenannte Wirtschaftspolitik oder klarer ausgedrückt: auf die Folgen der CDU-Politik für die Arbeiterbewegung in unserem Land. Das unterscheidet uns beispielsweise von der DKP (Hauptlösung: Arbeitsplätze statt Raketen), die sich so an den wirklich ausschlaggebenden Problemen der Wählerentscheidung vorbeimogelt. Damit unterstützen wir auch jene Kräfte in den Gewerkschaften, die den Kampf für die 35-Stunden-Woche nicht als kostenneutrales Konzept zum Erlöschen der kapitalistischen Wirtschaft betrachten, sondern als notwendigen Schritt, um den Vormarsch der Reaktion und die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung zu begegnen.

3. Wollen wir nach unseren Kräften ein Zeichen setzen für eine klare Zielrichtung der Opposition gegen die Wendepolitik. Denn mögen im Lande unter den Linken noch so viele Witze über Kohl-Birne existieren — hier vergeht uns bei der

praktischen Politik dieser Leute das Lachen.

Asylantenlager, Einführung von CS-Gas, Bußgelder für Demonstranten, Wende in der Schulpolitik und Bespitzelung aller fortschrittlichen Lehrer ist davon nur eine Seite.

Die andere ist, daß die Reaktion dabei äußerst geschickt und eben gar nicht dumm vorgeht. Nach dem Prinzip „teile und herrsche“ werden ganze Bevölkerungsgruppen oder Organisationen gegeneinander ausgespielt und isoliert. Im Gegensatz zu der Politik des Franz Josef Strauß beispielsweise, der eine Art hat, alle gegen sich aufzubringen, hält diese bieder-männische Reaktion in unserem Land ihren Gegner immer fest im Auge und sorgt sich sehr dafür, daß sie ihm keine Anhänger zutreibt. Eltern gegen GEW-Lehrer, Ausländer gegen Asylanten, EG-Ausländer gegen Türken, Arbeiter gegen Gewerkschaften — so läßt sich eine Reihe der nicht gerade ganz erfolgreichen Anstrengungen der Reaktion in dieser Hinsicht aufzählen. Dagegen hilft keine intellektuelle Überheblichkeit, sondern nur die Anstrengung, immer mehr Menschen den Charakter dieser Regierung klarzumachen.

Dazu bietet die Landtagswahl einen politischen günstigen Ansatz. Wenn auch nur mit geringen Kräften, versuchen wir hier das Beste daraus zu machen. Unser Hauptschwerpunkt liegt bei den Aktionen, wo sich schon auf breiterer Ebene dieser Widerstand zeigt: bei dem gewerkschaftlichen Kampf für die 35-Stunden-Woche und bei der bundesweiten Aktionswoche gegen die Ausländerfeindlichkeit.

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Wronski und das Klo

Wronski, das ist der Herr Senator für Arbeit in Berlin. Er sitzt da irgendwo an der Urania.

Und dann gibt es da eine Gruppe Jugendlicher, die im ABM-Programm arbeiten oder gearbeitet haben. Sie machen Gewerkschaftsarbeit, und so setzen sie sich auch für ihre eigenen Belange als ABM-Kräfte ein. Diese jungen ABM-Kräfte werden sehr schlecht bezahlt und sind für den Senat billige Arbeitskräfte.

Für den letzten Freitag im Februar nun hatte diese Gruppe, etwa 25 Jugendliche, einen Besuch eben bei diesem Herrn Wronski geplant. Der ist nämlich für das ganze ABM-Programm hier in Berlin zuständig. Es ging um bessere Bezahlung. Sie hatten Glück, Herr Wronski war in seinem Büro. Mit ihnen kamen auch einige Zeitungsleute. Herr Wronski war in einer

schwierigen Lage. Er suchte nach einem Ausweg; und erfand ihn. Er mußte auf die Toilette. Nun kam er aber nicht zurück. Stattdessen kamen nach ca. 15 Minuten zwei Wannen der Polizei. Alle „Besitzer“ wurden festgenommen und in die Wannen gesteckt. Nach Feststellung der Personalien durften sie wieder gehen.

Es soll nun gegen einen Vertreter der Evangelischen Industriejugend, der die Jugendlichen zum Herrn Senator begleitet hatte, ein Verfahren wegen Rädelsführerschaft angestrengt werden.

Man sieht, diese feinen Herren Senatoren finden immer einen Ausweg für sich, und wenn es das Klo ist.

Sorgen wir dafür, daß diesen Herren eines Tages jeglicher Rückzug verlegt wird.

Solidarität der Demokraten?

Im letzten Dezember erklärte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler zu den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen den Bonner Grafen in aller Öffentlichkeit, ihm nötige sich fast der Verdacht auf, „daß hier bewußt oder unbewußt in einem anderen Bereich so gehandelt wird, wie es andere mit der Exekution von Ponto und Schleyer vorgenommen haben.“

Die Kölner Generalstaatsanwaltschaft erstattete Anzeige wegen Beleidigung. Führende Sozialdemokraten zeigten sich ob dieser Äußerung zutiefst betroffen und aufs höchste empört. Aber waren sie es auch?

Es muß sich — zumindest bei einem Teil von ihnen — wohl eher um klammheimliche Freu-

de gehandelt haben. Denn als es jetzt im bayerischen Landtag darum ging, die Immunität des Abgeordneten Tandler aufzuheben, damit die Strafverfolger tätig werden können, war von Betroffenheit und Empörung bei den bayerischen Sozialdemokraten nichts zu spüren. Gemeinsam mit den Abgeordneten der CSU lehnten die sozialdemokratischen Abgeordneten im Geschäftsordnungsausschuß des bayerischen Landtags die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Tandler ab.

Man kann eben nicht zwei Herren dienen, auch wenn man Sozialdemokrat ist. Recht oder Flick — einem bayerischen Abgeordnetengewissen fällt da offenbar die Entscheidung leicht.

Daimler-Benz-Sindelfingen/BMW

Gefährliche Wege

Falsche Modelle zur Arbeitszeitverkürzung

Offenkundig aufgrund zahlreicher Proteste aus der IG Metall und aus den Betrieben hat Franz Steinkühler vor einigen Tagen erklärt, im Zusammenhang mit den Bestrebungen zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit lehne er die Einführung von Samstagsarbeit ab. Das ist zu begrüßen. Steinkühler hatte zuvor in einem „Spiegel“-Interview erklärt, über Flexibilisierung der Arbeitszeit könne diskutiert werden, dabei ausdrücklich Samstagsarbeit einbezogen.

So erfreulich dieses Dementi ist, kann es doch wenig beruhigen. Steinkühlers Äußerungen im „Spiegel“ stehen ja nicht allein. Von der Führung bis hinunter zur betrieblichen Ebene gibt es Bestrebungen seitens der IG Metall, eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit dadurch annehmbarer für die Unternehmer zu machen, daß Modelle entwickelt werden, welche die Produktionswoche des Betriebes nicht verkürzen, also den Grad der Ausnutzung der Gebäude, Anlagen und Maschinen nicht senken.

Daß dies den Unternehmerinteressen entgegenkommt, macht ein internes „Strategie-Papier“ des BMW-Vorstandes vom Mai letzten Jahres zum Thema Arbeitszeitverkürzung deutlich, in dem es heißt: „BMW muß seinen Einfluß auf Verbände und Öffentlichkeit dahingehend geltend machen, daß auch bei einer eventuell nicht zu umgehenden Verkürzung der individuellen Arbeitszeit die Nutzungszeit der kapitalintensiven Maschinen und Anlagen auf jeden Fall erhalten, sie sogar vergrößert wird.“

Das Sindelfinger Modell

Betriebsrat und Vertrauensleuteleitung des Daimler-Benz-Werkes in Sindelfingen haben einen Vorschlag erarbeitet, der einerseits angeblich die 35-Stunden-Woche verwirklicht, andererseits aber für das Unternehmen keinen „Produktionsausfall durch kürzere Anlagennutzungszeit“ zur Folge hat. Tatsächlich schlagen die Kollegen die Beibehaltung des 8-Stunden-Tages und der 40-Stunden-Woche vor. Die 5 Stunden „wöchentliche“ Arbeitszeitverkürzung sollen als Freischichten monatlich abgegolten werden.

Die Berechnung der Anzahl freier Tage nehmen die Kollegen so vor: sie ermitteln für 1984 248 Arbeitstage, ziehen noch einmal 30 Tage Urlaub ab und kommen so auf 218 Arbeitstage. An diesen 218 Arbeitstagen würden bei 35-Stunden-Woche normalerweise 7 statt 8 Stunden gearbeitet. Demzufolge wären 218 Arbeitsstunden pro Jahr als Freischichten abzugelten. Das wären 28 zusätzliche freie Tage pro Jahr (die Sindelfinger Kollegen kommen durch einen kleinen rechnerischen Trick sogar auf 31 Freischichten).

Daß 28 oder gar 31 zusätzliche freie Tage im Jahr auch eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem jetzigen Stand bedeuten würden, ist unbestritten. Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit aber wäre es nicht und die wesentlichen gewerkschaftlichen Zielsetzungen, die mit der Forderung 35-Stunden-Woche verbunden sind, können mit dem Sindelfinger Modell nicht oder nur sehr eingeschränkt erreicht werden.

Das Sindelfinger Modell würde keine Verringerung der täglichen Belastung der Kolle-

ginnen und Kollegen herbeiführen. Die Zielsetzung, mit der 35-Stunden-Woche auch dem schnellen Verschleiß der Arbeitskraft entgegenzuwirken, würde so kaum erreicht; denn zusätzliche Freischichten bewirken hier weit weniger als eine Verringerung der täglichen Arbeitsbelastung.

Die Sindelfinger Kollegen beziffern die Beschäftigungswirkung ihres Vorschlages mit 3647 zusätzlichen Arbeitskräften. Tatsächlich muß rein rechnerisch die Beschäftigungswirkung des Sindelfinger Vorschlages der einer tatsächlichen Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um 5 Stunden entsprechen. In der Praxis aber wird die Beschäftigungswirkung dieses Freischichtenmodells erheblich geringer sein als die einer tatsächlichen Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 5 Stunden. Freischichtenmodelle bieten den Unternehmern im allgemeinen mehr Möglichkeiten, Arbeitszeitverkürzungen unter Vermeidung von Neueinstellungen aufzufangen als etwa eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit.

In jedem Freischichtmodell steckt ein Stück Flexibilisierung der Arbeitszeit. Die Unternehmer werden immer versuchen, die Freischichten in die sogenannten Arbeitstäler zu legen, was es ihnen ermöglicht, die Belegschaftsstärke insgesamt geringer zu halten. Diese Möglichkeit bleibt den Unternehmern ein wenig eingeschränkt auch dann, wenn man entsprechend dem Sindelfinger Vorschlag die monatliche Abgeltung der freien Tage festschreibt.

Schließlich gibt es ein weiteres schweres Bedenken gegen den Sindelfinger Vorschlag. Die Umwandlung der 35-Stunden-Forderung in eine Freischichten-Forderung eröffnet in den Tarifverhandlungen den Weg, schließlich nur noch über freie Tage zu verhandeln, die Frage der freien Tage also von der Frage der wöchentlichen Arbeitszeit völlig abzukoppeln. Eben das ist bekanntlich im Stahlarbeiterstreik 78/79 für die 35-Stunden-Woche geschehen. Für einige zusätzliche Freischichten wurde die 40-Stunden-Woche festgeschrieben.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß das Sindelfinger Modell keine richtige Konkretisierung der 35-Stunden-Forderung ist. Auch wenn es rein rechnerisch vom Arbeitszeitvolumen her eine Entsprechung zur 35-Stunden-Woche gibt, sind die mit der 35-Stunden-Forderung verbundenen gewerkschaftlichen Zielsetzungen mit diesem Modell nicht zu verwirklichen, bietet der Sindelfinger Vorschlag sogar die Möglichkeit, die Frage der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit völlig vom Tisch zu bringen.

Es ist klar, daß es auch von den Kolleginnen und Kollegen her Gründe gibt, die für ein Freischichtmodell sprechen und eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine Stunde als weniger attraktiv erscheinen lassen. Das mag besonders für ein Werk wie Sindelfingen gelten,

wo der Anteil der Kolleginnen und Kollegen mit einem sehr weiten Anfahrtsweg (Pendler) vermutlich ziemlich hoch ist. Sicher lassen sich solche besonderen Interessenlagen nicht immer ohne weiteres vom Tisch wischen.

Es gibt in der Arbeiterklasse verschiedene besondere Interessenlagen. Wenn sie jetzt alle in besonderen „Modellen“ formuliert würden, würde das die Gefahr einer heillosen Verwirrung und Aufsplitterung mit sich bringen. Dieser Weg darf nicht beschritten werden. Jetzt kann es nur darum gehen, die einheitliche Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um 5 Stunden bei vollem Lohnausgleich durchzusetzen. Ist das geschafft und tarifvertraglich festgeschrieben, kann immer noch darüber nachgedacht werden, über Betriebsvereinbarungen besonderen Interessenlagen und betrieblichen Situationen Rechnung zu tragen.

Überlegungen des BMW-Vorstandes

Wir haben oben bereits aus dem BMW-Strategiepapier vom letzten Jahr zitiert, wie stark BMW den Aspekt der Produktionswoche, also der wöchentlichen Nutzungszeit der Anlagen und Maschinen betont. In einer Stellungnahme von BMW zu ei-

nem Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 13. Februar dieses Jahres ist nun unter anderem folgendes zu lesen:

„Für das in Regensburg geplante Werk überlegen wir seit längerem, ob und inwieweit in diesem neuen Werk zur 6-Tage-Woche übergegangen werden kann. Wesentlicher Gedanke dabei war die Trennung von persönlicher Arbeitszeit und betrieblicher Nutzlaufzeit. Dabei wurde auch angedacht, die Arbeitswoche für den einzelnen Mitarbeiter anders als bisher aufzuteilen, z. B. dadurch, daß der Mitarbeiter 4 x 10 Stunden oder auch 4 x 9 Stunden oder 4 x 8 Stunden in der Woche tätig ist. Dabei gingen wir davon aus, daß bei Neueinstellungen genügend Mitarbeiter interessiert wären, z. B. nur 36 Stunden zu arbeiten, dafür aber einen vollen Tag zusätzlich innerhalb eines Ausgleichszeitraums von 2–3 Wochen frei zu haben.“

Ob solche neuen Arbeitszeitmodelle auch für die Stammwerke angewendet werden könnten, erscheint uns im Hinblick auf bestehende Abläufe und aufgrund bestehender Verträge (einschließlich Tarifverträge) zweifelhaft.“

BMW-Betriebsratschef Golda macht sich in der Münchner Abendzeitung vom 14. Februar für ein „Planspiel“ des BMW-Vorstandsvorsitzenden Eberhard v. Kuehnlen stark: 36-Stunden-Woche, persönliche Arbeitszeit der Kollegen sind 4 Schichten à 9 Stunden pro Woche, gearbeitet wird an 6 Tagen in der Woche in zwei Schichten. Es würde also eine zusätzliche Schicht aufgestellt. Die Produktionswoche würde von jetzt 80 Stunden auf 108 Stunden ausgedehnt. Der kluge Kollege Golda hat errechnet, daß das „4000 neue Jobs“ brächte.

Das Interesse von BMW an

solchen Vorstellungen ist klar: BMW will die Kapazität erheblich erhöhen. Unter Beibehaltung der 5-Tage-Woche ginge das nur mit einem erheblichen Investitionsaufwand (weiteres Fließband, neue Halle usw.). Die Einführung der 6-Tage-Woche, selbst wenn sie einhergeht mit einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit für den einzelnen Arbeiter, kommt da erheblich billiger.

Die Auswirkungen für die BMW-Arbeiter wären katastrophal: mörderische 9-Stunden-Schicht, die zweite Schicht wäre eine halbe Nachtschicht (Schichtschluß gegen 24.00 Uhr), kein geregeltes Wochenendmehrschicht, Zuschläge für Samstagsarbeit würden entfallen usw.

Immerhin: 4000 neue Jobs, hat der Betriebsratsvorsitzende Golda errechnet. Wenn BMW eine derartige Kapazitätserweiterung vornehmen will, muß BMW natürlich zwangsläufig neue Arbeiter einstellen. Das 6-Tage-Modell verringert aber die Zahl der neu einzustellenden Kolleginnen und Kollegen. Der Betrieb einer zusätzlichen Produktionsanlage erfordert mehr Arbeiter als die Ausdehnung der Produktionszeit an einer bestehenden Anlage. Was auf betrieblicher Ebene nicht so stark ins Auge fällt, wird auf gesamtwirtschaftlicher Ebene überdeutlich: die Ausdehnung der Produktionswoche durch Schichtarbeit, Samstags- und Sonntagsarbeit vernichtet in ungeheurem Umfang Arbeitsplätze. Es werden weniger Maschinen, Anlagen, Gebäude usw. hergestellt. Der Betrieb weniger Anlagen für längere Zeit ist mit weniger Arbeitskräften zu bewerkstelligen als der Betrieb von entsprechend mehr Anlagen für kürzere Zeit.

Im Hause BMW läuft zur

Zeit übrigens noch ein anderes Arbeitszeitverkürzungsmodell: im Werk Dingolfing wurde für 22 Frauen in der Sattlerei die 36-Stunden-Woche mit Zustimmung des Betriebsrats eingeführt — ohne jeden Lohnausgleich.

Die Überlegungen des BMW-Vorstandes zeigen, wie Forderungen der Unternehmer nach Flexibilisierung der Arbeitszeit plötzlich in „Arbeitszeitverkürzungsmodelle“ münden, die allen gewerkschaftlichen Zielsetzungen Hohn sprechen, die in Wirklichkeit auf eine Verschärfung der Ausbeutung und Beschleunigung der Arbeitsplatzvernichtung hinauslaufen.

Sicher sind solche Überlegungen, wie sie der BMW-Vorstand anstellt, nicht für alle Unternehmer gleichermaßen interessant. Aber gerade in diesem Zusammenhang erinnert man sich mit Schrecken daran, daß Franz Steinkühler vor einiger Zeit davon gesprochen hat, es gebe für jeden Betrieb ein „maßgeschneidertes Programm“ zur Arbeitszeitverkürzung. Vor diesem Hintergrund ist Steinkühlers Widerruf in Sachen Samstagsarbeit zu düffig.

Es ist offenkundig, daß Steinkühler in derartige Unternehmer-Überlegungen reinstoßen wollte. Anders sind seine Äußerungen überhaupt nicht erklärbar. Will er jetzt das Mißtrauen, das seine Äußerungen unter vielen Gewerkschaftern hervorgerufen haben, vom Tisch bringen, ist von seiner Seite aus eine eindeutige Festlegung folgenden Inhalts notwendig: 35-Stunden-Woche heißt für die IG Metall, daß die tägliche Regelarbeitszeit 7 Stunden beträgt, daß die wöchentliche Regelarbeitszeit 35 Stunden an 5 Tagen beträgt. Und das bei vollem Lohnausgleich!

Betriebsratswahl bei HDW Kiel

RGO-Liste steht

Die diesjährigen Betriebsratswahlen bei HDW Kiel stehen unter dem Vorzeichen der Auswirkungen des Wertenerstbens und damit des HDW-Unternehmenskonzeptes 83. 1750 Entlassungen, Streichung aller außertariflichen Leistungen, Rationalisierung, ständiger Lohnabbau und jetzt die Ankündigung, den Handelsschiffbau in Kiel ganz zu schließen, was nochmals 2100 Arbeitsplätze kosten soll, haben wesentliche Teile der Belegschaft zunehmend vor die Frage gestellt, was müssen wir dagegen tun und was für eine Interessenvertretung brauchen wir, um uns gegen diese Machenschaften und Pläne der Unternehmer wirksam zu wehren.

Hinzu kam die Werftbesetzung in Hamburg, die viele Kollegen aufrichtig bewundert haben und die gleichzeitig völlige Kapitulation des Kieler Betriebsrates vor dem Unternehmenskonzept der Werfteigner, dessen Zustimmung nur in letzter Minute von der IGM-Bezirksleitung(!) verhindert werden konnte.

Vor diesem Hintergrund schrieben die RGO-Betriebsräte im Oktober 1983 einen Brief an alle Beteiligten (VK-Leitung, Betriebsrat, IGM-Ortsverwaltung) und schlugen Persönlichkeitswahl auf einer Belegschaftsliste vor, um mit einem einheitlichen Betriebsrat in die kommenden Auseinandersetzungen gehen zu können und weil Persönlichkeitswahl die demokratischste Form der Wahl ist, die von den meisten Kollegen gewünscht wird.

Um von Seiten der RGO keinerlei Anlaß für ein Scheitern der Persönlichkeitswahl zu bieten, erklärten die RGO-Betriebsräte ihre Bereitschaft, aus der RGO auszutreten, wenn dadurch eine Belegschaftsliste zustande käme.

Aber die IGM-Führung im Betrieb war nicht bereit, darauf einzugehen. Für sie stand von

Anfang an fest, daß eine IGM-Liste aufgestellt würde. Ihr „Angebot“ an die RGO lautete nach wie vor: Öffentliche Distanzierung von der RGO, Niederlegung des BR-Mandates und dann wieder rein in die IGM und auf der IGM-Liste mitkandidieren. Dafür versprochen führende IGM-Betriebsräte den RGO-Betriebsräten einen guten Listenplatz.

Es war klar, daß die RGO-Betriebsräte diesen Kuhhandel ablehnen mußten. Nicht, daß die RGOler nicht in die IGM hinein wollten. Anträge wurden schon seit Jahren mehrfach gestellt. Nur würde eine Aufnahme unter obigen Bedingungen (wobei nicht sicher ist, ob der Frankfurter Hauptvorstand der IGM überhaupt zustimmen würde) die Notwendigkeit der RGO, die Notwendigkeit gewerkschaftsoppositioneller Arbeit überhaupt und ihren Nutzen für die Linksentwicklung der Belegschaft und für das Vorankommen jeglicher gewerkschaftlicher Opposition leugnen.

Eine Belegschaftsliste wurde von der IGM weiterhin abgelehnt mit dem formalen „Argument“: Aus Satzungsgründen könne ein IGM-Mitglied nicht

mit einem Nichtmitglied auf einer Liste kandidieren.

Auf mehreren Abteilungsversammlungen im Dezember 1983 wurde dann die Betriebsratswahl von der IGM eingeleitet. Ihre Marschroute sah so aus: Vorwahl von Bewerbern in den Abteilungen (nur für IGM-Mitglieder). Einrangierung der vorgewählten Bewerber durch die VK-Leitung auf einer Liste. Abstimmen dieser Liste im VK. Damit wurde von der IGM die Listenwahl festgeklopft und gleichzeitig Angriff gegen die RGO gestartet (grundgesetzwidrig, Spalter, vom Kapital gesteuert usw.). Aber die Reaktion der Kollegen war nicht so, wie die IGM gehofft hatte. In sachlicher Form zeigten die RGO-Betriebsräte ihre Haltung zur Betriebsratswahl auf und legten dar, wofür sie im Kampf gegen die Angriffe der Werftunternehmer eintreten wollen und wie sie weiteren Massenentlassungen und Rationalisierungsmaßnahmen begegnen wollten, was starken Beifall bei den Kollegen fand.

Nach diesen Versammlungen war klar, daß es wieder Listenwahl geben würde und daß die RGO wieder mit einer eigenen Liste kandidieren würde, wollte sie nicht die Möglichkeit, die Kollegen im Kampf gegen die Unternehmer zusammenzuschließen und die Grundlage gewerkschaftsoppositioneller Arbeit bei HDW Kiel überhaupt aufgeben. Im Laufe der Auseinandersetzungen erklärte sich ein IGM-Funktionär (Vertrauensobmann bzw. Gewerksprecher), der schon längere Zeit im VK

eine fortschrittliche Position eingenommen hatte und losen Kontakt zur RGO hatte, bereit, auf der RGO-Liste mitzukandidieren.

Durch den Schritt des IGM-Funktionärs, bei der RGO zu kandidieren, fühlte sich die IGM bei HDW schwer getroffen, denn dadurch wurde für alle Kollegen sichtbar, daß die RGO nicht etwas von der IGM total Getrenntes, sondern ein Teil der Gewerkschaftsbewegung ist.

Nachdem das Wahlausschreiben herauswar, setzte die VK-Leitung eine Unterschriftensammlung in Gang, auf der sich die Kollegen für Persönlichkeitswahl aussprechen sollten und gleichzeitig der RGO die Schuld für Listenwahl zugeschoben werden sollte. Damit sollte der RGO außerdem das Sammeln von Stützunterschriften für ihre Liste erschwert werden.

Die Unterschriftensammlung der IGM war ein Flop, die RGO-Wahlbewerber aber sammelten in zwei Tagen 134 Unterschriften und das, obwohl z. B. im Schiffbau 90 Prozent der Kollegen in Kurzarbeit war, der Bereich, wo die RGO früher immer ihre meisten Unterschriften erhalten hatte. Obwohl IGM-Betriebsräte versuchten, mit einem Zettel, auf dem die Unterschriften erklären sollten, daß sie bei der Unterschrift unter die RGO-Liste getäuscht worden seien, Unterschriften zu kippen, wurde die RGO-Liste bestätigt und steht im Arbeiterbereich bei HDW Kiel am 3.–5. April als Liste 2 zur Wahl.

Das Bibelwort:

Unternehmer!

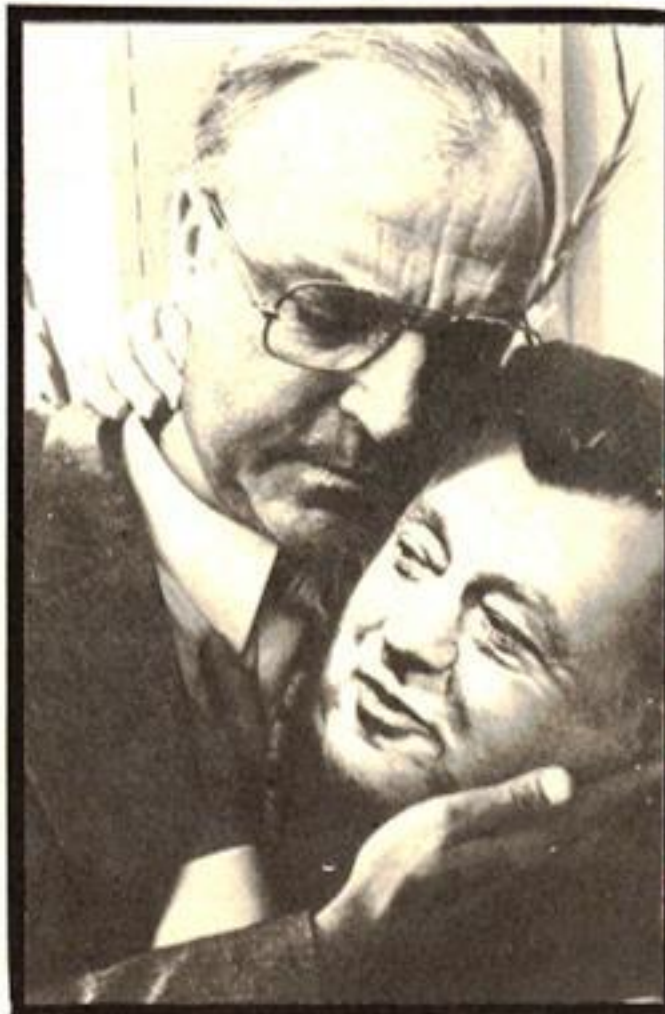
Macht euch die Erde untertan

„Und Gott segnete sie und sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und mehret euch und füllet die Erde, und macht sie euch untertan, und herrschet über Fische und Meere und über Vögel unter dem Himmel, und über alles Tier, das auf Erden keucht.“

1. Mose 1,1.28



Streik für 35 Std. Woche Aufschwung im Eimer Strauss bricht zusammen

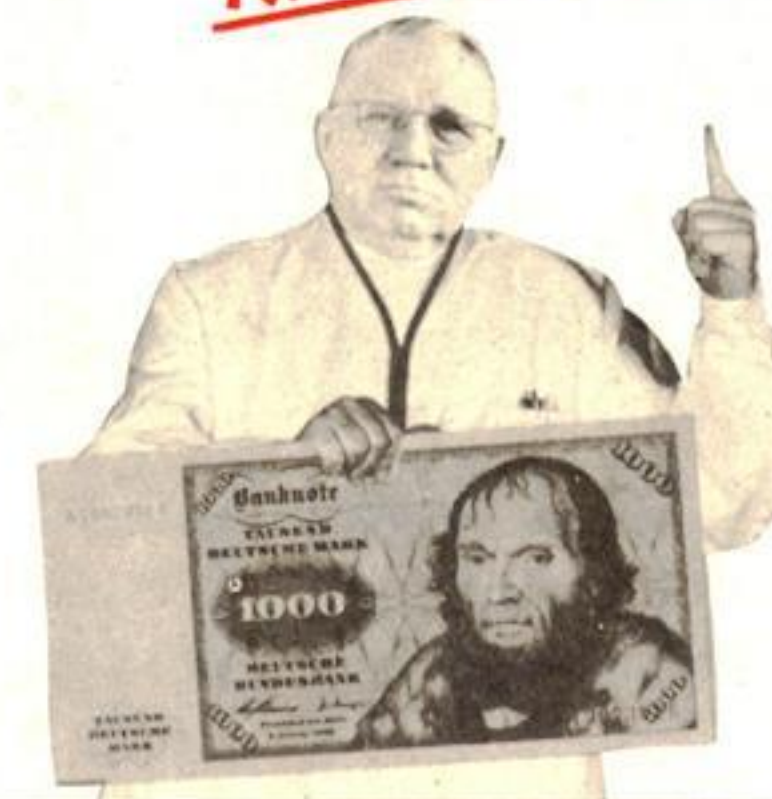


Lesen Sie weiter auf der letzten Seite
Strauß hat den Glauben an die Gewerkschaften verloren

BLIND — Dein Freund und Helfer

Wenn Sie sich wirklich nicht mehr in den Betrieb schleppen können und meinen, unbedingt einen Arzt aufsuchen zu müssen:

**Vergiß den
Krankenschein nicht!**



Donnerstag, 35. März 1984 • 40 Pf

Nr. 19/4 • Druck in Essen-Kettwig • 8756 • ★★ RO

Blind

WAHNSINNIG • ORDNUNGS-LIEBEND

Deutschland Deutschland Alles ist Vorbei!

Das haben wir jetzt davon. Zuerst wollte Moskau die Stationierung der Pershing II verhindern, jetzt wollen die Bolschewiken unseren Aufschwung kaputt machen! Von Moskau aus ferngesteuert ruft die kommunistisch unterwanderte IG Metall zum Streik. Unternehmer flüchten in die Schweiz. Millionen Arbeitsplätze in Gefahr. 35 Jahre Armut. Lange Schlangen vor den Kaufhäusern.

W E I G E R V E R I E N E N

Goldreagan: 25 000 Mark

Heiße Phase: Für Gegner der 35 Std. Woche

Gesucht wird heute der Slogan, mit dem die deutsche Wirtschaft den Aufschwung schafft: „Mehr arbeiten und...“

Schreiben Sie das Lösungswort auf eine Postkarte und senden Sie es an Ihre BLIND-Redaktion.

Prominente zur 35 Std. Woche



Krupp-Erbe von Bohlen und Halbach: „Also, wissen Sie, ich bin ernsthaft dagegen, denn so viele Stunden habe ich in meinem Leben noch nie gearbeitet.“

Otto Graf Lambsdorff: „Nee, nee und nochmal nein. Fünf Stunden weniger Geschäfte mit Flick kommt echt nicht in die Tüte.“

Bundeskanzler Kohl: „Ich bin doch nicht dumm. Nachher muß ich glatt 35 Stunden in der Woche regieren.“

Prinzessin Diana: „Also ich bekomme ein Baby, was interessiert mich da die 35-Stunden-Woche.“

Lesen Sie Seite 3

Hanne H. Ich haue ab!

„Wie soll ich mit dem Haushalt fertig werden, meine Pull-over fertig gestrickt bekommen und den Frühjahrsputz erledigen, wenn mein

Fritz jetzt 5 Stunden in der Woche mehr in der Wohnung rumhängt?“ Das sagt Hanne H. aus Oldenburg, eine von zahlreichen

Frauen, die sich gegen die kommunistisch-gewerkschaftlichen, familienfeindlichen 35-Stunden-Wochen-Pläne aussprechen.



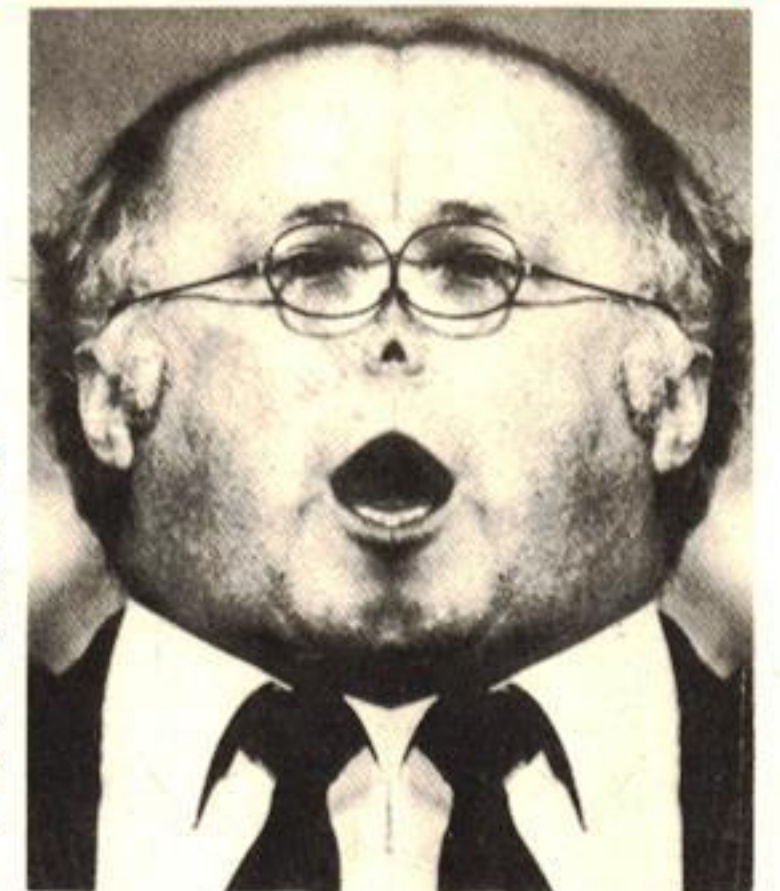
Weniger arbeiten Lange Nasen

ALABAMA. — In einem Forschungslabor in Alabama testet im Auftrage der US-Regierung Professor Schweißfuß seit 3 Jahren die Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung auf den menschlichen Organismus. Sein sensationelles Testergebnis: Je kürzer die Arbeitszeit, um so länger die Nase.

„Die Nase ist unser empfindlichstes Sinnesorgan“, erklärt Professor Schweißfuß, „deshalb können wir hier auch am deutlichsten die Folgewirkungen beobachten.“ Akute Lebensgefahr ist mit der Verlängerung der Nase zwar nicht verbunden. „Doch ich frage mich, ob es mit unserer Menschenwürde vereinbar ist, wenn die Gewerkschaften uns allen so eine lange Nase aufzwängen?“, so Professor Schweißfuß.



Armer Norbert GESICHTS-STARRE.



BONN. — Bundesarbeitsminister Blüm mußte tief Luft holen, als er die Ankündigung vernahm, daß die IG Metall mit Streiks in die Tarifeauseinandersetzung eingreifen will. Der Schock saß so tief, daß Norbert noch mehrere Wochen das Gesicht verzerren wird.

Arbeitslose bringen Aufschwung!

Die Gewerkschaft fordert die 35-Stunden-Woche. Damit will sie die Arbeitslosigkeit abbauen. Aber: Weniger leisten und genauso viel verdienen, das geht nicht zusammen. Dem setzt die Wirtschaft vernünftige Ideen entgegen.

Unsere Arbeit ist zu teuer!

Noch immer sind unsere Löhne zu hoch. Wollen wir sie senken, dann brauchen wir mehr Arbeitslose und nicht weniger.

Nettogewinne zu gering!

Im Jahr 1983 konnten die deutschen Unternehmen nur 240 Milliarden Nettogewinn erwirtschaften. Nur die Hälfte davon konnte in unserem Lande wieder investiert werden. Die andere Hälfte wurde gebraucht für:

- Auslandsinvestitionen
- Währungsspekulation
- Parteispenden
- Zahlungen an Politiker
- Private Aufwendungen

Denn: Wenn sich der Aufschwung

durchsetzen soll, dann muß die Wirtschaft noch mehr investieren!

Dabei ist die Rationalisierung der beste Weg. ABER: In den vergangenen Jahren konnte die deutsche Wirtschaft nur ca. 75 Prozent aller Investitionen in die Rationalisierung stecken.

Gewinne erhöhen!

Die Wirtschaft steht vor riesigen Problemen.

Um Arbeitsplätze zu vernichten, müssen Milliardensummen für Industriegeräte und ähnliche Technologie aufgebracht werden.

Das ist nicht genug!

Das alles müssen wir gemeinsam Mark für Mark erarbeiten. Nur so kann sich die Arbeitslosenzahl weiter erhöhen.

Mehr Arbeitslose = Aufschwung 35-Stunden-Woche = Ruin

Ihre Deutsche Industrie

Weitere Informationen unter dem Stichwort „Dallas“ bei: Deutsche Industrie Friedrich-Flick-Str. 147 4000 Düsseldorf 1

Nachrichten

Richtung

Nachrichten heißen Nachrichten, weil man sich nach ihnen richten muß.

Eiszeit

„Wenn wir die Arbeitszeit noch mehr verkürzen, gibt es eine Eiszeit“, stellte jetzt der Bochumer Astrologe Kaminski fest.

Lottozahlen

Die Ziehung der Lottozahlen muß leider wiederholt werden, da unter den Glückszahlen auch die magische 35 war.

Gewalttaten

Mit der Einführung der 35-Stunden-Woche werden auch die Gewalttaten dramatisch zunehmen, befürchtet Innenminister Zimmermann. „Deutsche Arbeiter wissen mit der vielen Freizeit nichts anzufangen.“

Unser TV-Tip

Fällt heute aus, denn so lange, wie die IG Metall ihre unver-

schämte Forderung aufrechterhält, will die ARD kein Dallas mehr senden.

Das Wetter

Auch weiterhin wird die Aufschwungssonne von den trüben Wolken der Arbeitszeitverkürzung verdeckt. Der Arbeitskampf wird in den nächsten Wochen wetterbestimmend sein.

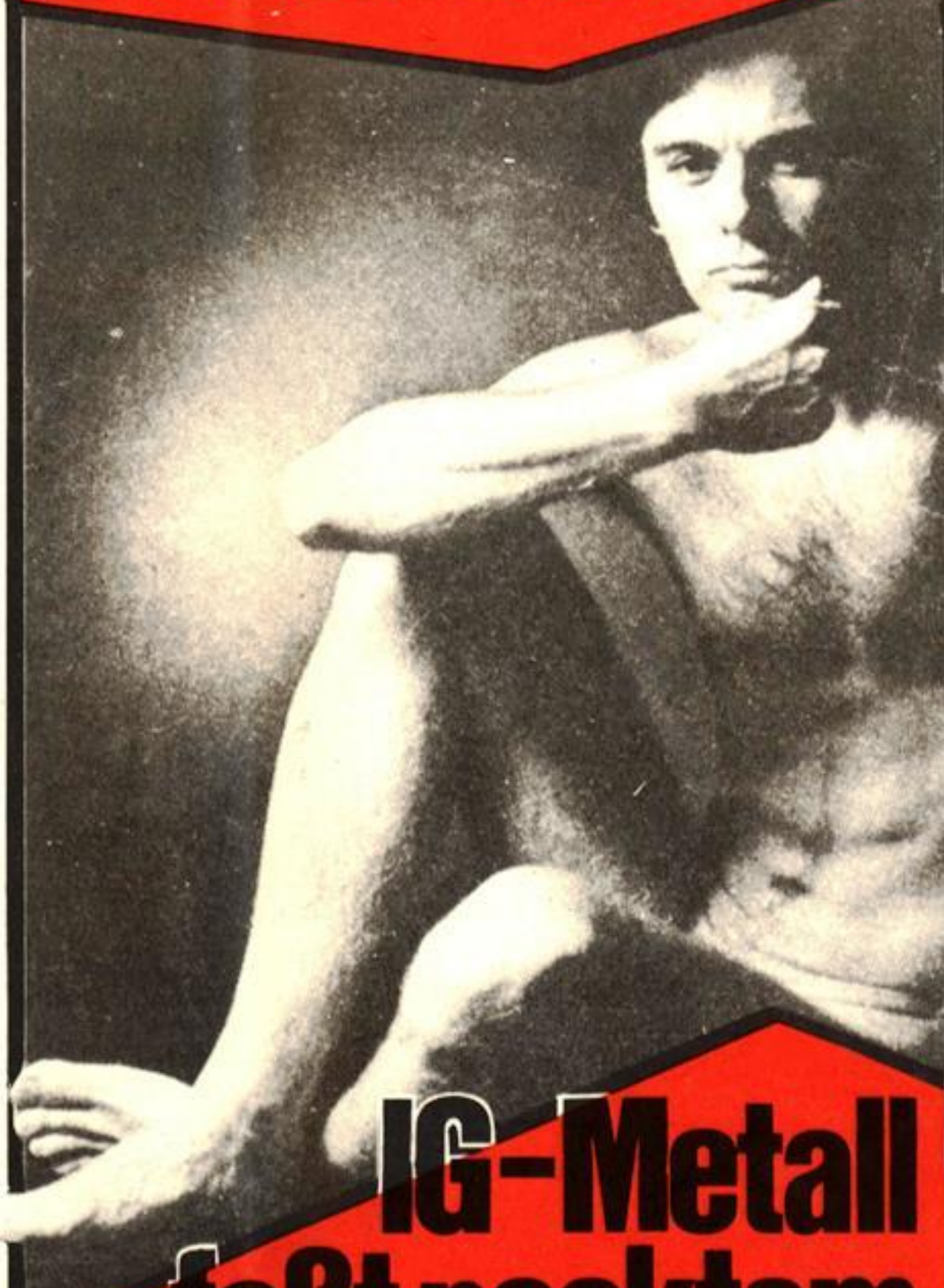
Kein Paradies

„Das Paradies gibt es erst im Himmelreich und nicht auf Erden“, unter diesem Motto will sich jetzt auch die katholische Kirche gegen die 35-Stunden-Woche stark machen.

Austreten

Nach Berechnungen des BDA müssen täglich Millionen Arbeiter austreten. „Und wir bezahlen das“, kommentierte BDA-Chef Esser, „wie kann man dann noch weitere Arbeitszeitverkürzung fordern?“

Skandal



IG-Metall faßt nacktem Mann in die Tasche

Niedergeschlagen ist der Handwerksmeister Uwe P. aus Unna. Nackt wie

Adam. Kein Geld. Wie soll er die 35-Stunden-Woche bezahlen?

6 Millionen Arbeitslose wenn wir die Unternehmer einfach unternehmen lassen

Mittel gegen Arbeitslosigkeit im Warentest

Wir haben dieses Mal verschiedene Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung getestet. Besonders geprüft haben wir diese Vorschläge unter folgenden Gesichtspunkten: Wieviel neue Arbeitsplätze schafft der Vorschlag? und: Was kostet der Vorschlag bzw. wer muß die Kosten tragen?

Vorschlag	Befürworter	Arbeitsplatzeffekt	Kosten	Note
Vorruhestandsregelung	Bundesregierung vor allem Norbert Blum	Sehr gering, weil es kaum noch Beschäftigte gibt, die 59 und älter sind. Von 145.000 Mitgliedern der IG Druck und Papier z. B. nur 500.	bezahlen müssen die Arbeitnehmer. Sie sollen nur noch 70 Prozent des Lohns oder Gehalts bekommen.	mangelhaft
Flexibilisierung der Arbeitszeit 1) Jobsharing	Unternehmer	Null, weil kein Arbeitsplatz neu geschaffen, sondern ein bestehender Arbeitsplatz auf zwei Personen aufgeteilt wird.	bezahlen müssen die Arbeitnehmer. 1. Halbe Stelle bedeutet halbes Gehalt. 2. Wer krank ist, kriegt kein Geld.	ungenügend
Flexibilisierung der Arbeitszeit 2) Kapovaz		negativ, weil ein Ganztagsarbeitsplatz in einen Teilzeitarbeitsplatz umgewandelt wird. Besonderer Nachteil: die Angestellte soll abrufbereit zu Hause sitzen, damit sie bei starkem Kundenbetrieb gerufen werden kann. Das Warten am Telefon wird nicht bezahlt.	bezahlen müssen die Arbeitnehmer. Für sie gilt: ganztags bereit, halbtags bezahlt.	ungenügend
35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich	IG Metall, HBV, IG Druck u. a. Gewerkschaften	sehr hoch nach Berechnungen der Gewerkschaften schafft die Einführung der 35-Stunden-Woche ca. 1,4 Millionen neue Arbeitsplätze.	Bezahlen müssen die Unternehmer. Und die haben im Gegensatz zu uns Geld genug. 280 Milliarden DM haben sie in den letzten 20 Jahren an Reingewinn erwirtschaftet!	sehr gut

Wir erst recht für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Frauen

Überdurchschnittlich viele Frauen sind arbeitslos, erst recht, wenn man alle die einrechnet, die es längst aufgegeben haben, zu suchen.

Die Unternehmer machen speziell den Frauen ein sogenanntes Angebot: Arbeit auf Abruf — einmal anrufen, schon rennt sie los. Oder auch Arbeit am Heimcomputer — einmal nicht spüren und sie ziehen dir den Stecker raus. Kann man doch machen, sind ja nur Frauen und außerdem Doppelverdiener. Nicht etwa, daß sie das Doppelte verdienen (was bei vielen immer noch nicht viel wäre) eher arbeiten sie das Doppelte, aber schließlich arbeiten Unternehmerfrauen auch nicht und haben trotzdem ihr Auskommen.

Speziell für Frauen aber heißt die Erfüllung dieser gewerkschaftlichen Forderung mehr Chancen für einen Arbeitsplatz, für einen, der nicht der letzte Dreck ist, heißt ein bißchen weniger vom Doppelstreß, ein bißchen mehr Gesundheit und Leben.

Ausländische Kollegen

Nazis hetzen: Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg. In diese Kerbe haut auch Zimmermann, obwohl sich kaum einer findet, der je von einem Ausländer entlassen wurde — es sei denn von US-Multis usw. Im Gegenteil sind unter den ausländischen Kollegen überdurchschnittlich viele Arbeitslose und rechtlos, wie sie hierzulande sind, meist sofort von Abschiebung usw. bedroht.

Mehr Arbeitsplätze schaffen — das sind nicht nur mehr Arbeitsplätze auch für ausländische Kollegen, sondern das nimmt der Nazihetze auch die Wirkung, mildert den gesellschaftlichen Druck auf die entstehenden Gettos.

Und: Ausländische Kollegen machen oft genug die härteste Arbeit (was man von den neuen Rassenhetzern nun nicht gerade sagen kann, Herr Zimmermann arbeitet nicht schweißtreibend), fünf Stunden weniger bedeuten viel dabei für Gesundheit und Erholung.

1,5 Millionen neue Arbeitsplätze ...

würden durch die 35-Stunden-Woche geschaffen. Mindestens. Arbeitsplätze, die in den letzten zehn Jahren durch die Rationalisierung im Sinne der Unternehmer vernichtet wurden. Und daran haben sie Milliarden und Abermilliarden verdient — ins Ausland abgeführt. Verliehen und auch verprasst haben die das. Nur nichts getan, um Arbeitsplätze zu schaffen, weil ihnen daran gar nicht liegt. Im Gegenteil, es geht ihnen ja nur um ihre Rentabilität und um den Druck, den man mit einem solchen regelrechten Heervon Arbeitslosen auf die noch Beschäftigten ausüben kann.

Die Unternehmer können das bezahlen — bei vollem Lohnausgleich wären die Lohnkosten 12,5 Prozent höher für sie. Sie wollen es nicht bezahlen, weil es auf Kosten ihrer Profite geht, da liegt der Hase im

Pfeffer. Die sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit, die gerne als Argument gegen die Unternehmer benutzt werden, ziehen da nicht — denn die Unternehmer sind es nicht, die

diese Kosten tragen, das aber ist das einzige, was sie wahrhaft interessiert: Wie sich das alles auf ihr Kapital auswirkt.

Großbetriebe haben Milliardenbeträge flüssig, Siemens entwickelt sich fast schon zu einer Bank, andere ziehen nach, neue Werke entstehen in Südostasien und Lateinamerika, hier werden sie geschlossen.

„Dann sind wir nicht mehr konkurrenzfähig“,

heißt die stereotype Phrase, mit der sie alles und jedes abputzen wollen, vom Jugendarbeitsschutz bis — ganz speziell — zur 35-Stunden-Woche. Sicher: In Taiwan, dem neuen Schlaraffenland für Kapitalisten, wo die Arbeiter gezwungen sind, es für eine Handvoll Reis zu tun, da ist man konkurrenzfähig — es sei denn in Indonesien machen sie es für eine halbe Handvoll ... Das ist nicht übertrieben, sondern zeigt die Richtung, in der das, einmal angefangen, immer weiter geht: Armut und Elend für die Arbeiter, auch für die, die noch Arbeit haben.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist ein Kampf gegen die Unternehmer. In der vielbeschworenen „gemeinsamen Anstrengung“ geht da gar nichts. Deshalb Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

ICH BIN FÜR DIE
35-STUNDEN-WOCHEN,
WEIL AUßER DEN
UNTERNEHMERN
ALLES DAFÜR
SPRICHT



Gegen Kohl und Kapital ...

muß man offensichtlich kämpfen, wenn man die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erreichen will (und für den Lohnausgleich kann sich ja auch die SPD nicht erwärmen). Noch nie hat sich eine Regierung in der BRD in dieser Weise zum Lautsprecher der Meinungen der Unternehmer gemacht, bis hin zu den unflätigen Beschimpfungen, die ein solch feiner Herr wie der verflückte Graf aus Bonn ausstößt.

„Dieser Irrsinn macht uns kaputt“, so kann man die zahllosen Schlagworte, die denen in Bonn vom Unternehmerverband vorgesagt wurden, zusammenfassen. Irrsinn — so

soll es dargestellt werden, wenn in dieser Zeit der „Wende“ jemand noch etwas fordern will, anstatt auf Knien Opfer zu bringen für die Reichen. Kaputtmacher — so soll die Front geschaffen werden von allem, was angeblich seriös, in Wirklichkeit aber einfach politisch rechts bis rechtsaußen ist. Und das nach dem Motto, wenn erst einmal die IG Metall in die Knie gezwungen ist, wer wird sich dann noch, ob Bürgerinitiative oder

sonstwer, trauen, irgend etwas zu fordern. Klarschiff soll damit gemacht werden, diese ganzen,

den Kapitalisten so lästigen politischen Investitionshemmnisse beseitigt, freie Bahn dem tüchtigen Reichen: für rentable Großprojekte wie AKWs, für den Abbau von Arbeitsschutzbestimmungen, für die Gegenreform im Sozialwesen, für den ganzen Wunschzettel, den die Unternehmer 1980 geschrieben haben und den Kohl zu seiner Regierungserklärung als Spickzettel benutzte.

Andersrum wird ein Schuh daraus! Eine Wende gegen die Wende, das wäre es, wenn erfolgreich für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

gekämpft würde. Schluß mit dem allmonatlichen neuesten Opfer zugunsten der Tresore der Banken, mit Wildwestmethoden im Betrieb, mit immer mehr Arbeitslosen, mit vielem, was heute schon fast alltäglich erscheint, es aber nicht werden darf. Immer nach dem Motto: Wenn die IG Metall das durchgesetzt hat, dann traut sich auch der und der noch, was zu fordern, dafür zu kämpfen.

Und soll keiner sagen, es geht nicht, es geht gut, nur die Last davon hätten dann nicht wir und unseresgleichen, sondern endlich mal die Reichen!

Arbeit



KPD

Kommunistische
Partei Deutschlands

Informationen über die KPD

Ich bin interessiert an

O einer Probenummer der
Wochenzeitung „Roter
Morgen“

O einer Probenummer der
Jugendzeitschrift
„Roter Rebell“

O weiteren Materialien
der KPD

O einem Gespräch

O ich möchte Mitglied der
Kommunistischen Jugend
Deutschlands werden

O ich möchte Mitglied der
KPD werden

Name

Vorname

Straße

Ort

einsetzen an:

KPD

Wellinghofer Str. 103

4600 Dortmund 30

KJD

Kommunistische
Jugend Deutschlands

KS

Kommunistische
Studenten

V.i.S.d.P. H. J. Kisch

c/o KPD, 4600 Dortmund 30

Wellinghofer Str. 103

Druck: Alpha-Druck, Dortmund

Daß in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche Erfolge nicht am grünen Verhandlungstisch errungen werden können, ist durch das bisherige Verhalten der Unternehmer mehr als deutlich geworden. Statt auch nur die Andeutung eines Angebots zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit zu machen, drohen sie schon mit massiven Aussperrungen.

Die Unternehmer spekulieren darauf, daß ihre dreiste und teure Propagandakampagne Wirkung zeigt, daß unsere Einheit für die 35-Stunden-Woche nicht stark genug ist, um einen Streikkampf aufzunehmen.

Die Unternehmer spekulieren darauf, daß die Führung der IG Metall doch noch kalte Füße kriegt und davor zurückschreckt, einen wirklichen Durchsetzungsstreik für die 35-Stunden-Woche zu führen.

Diesen Unternehmerspekulationen muß jeder Nährboden entzogen werden.

Dazu gehört, daß führende Gewerkschaftsfunktionäre wie Franz Steinkühler aufhören, öffentlich über angebliche Kompromißmöglichkeiten zu diskutieren.

Streik

Das gilt erst recht für solche „Kompromißmöglichkeiten“, die wenig mit Arbeitszeitverkürzung, sehr viel aber mit einer faktischen Ausdehnung der wöchentlichen Arbeitszeit zu tun haben: etwa 38,5 Stunden, aber dafür Samstagsarbeit.

Man muß es deutlich sagen: Diese von Franz Steinkühler begonnene öffentliche Suche nach einem für die Unternehmer annehmbaren „Kompromiß“ ist schädlich, weil sie Zersetzung und Unsicherheit in die eigenen Reihen trägt, das Vertrauen in den Durchsetzungswillen der IG Metall schwächt, die Unternehmer in ihrem Konfrontationskurs bestärkt.

Es darf nichts daran zu deuten geben, daß wir, wenn wir 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sagen, auch 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich meinen. Und es darf nichts daran zu deuten geben, daß wir bereit und entschlossen sind, für die Durchsetzung dieser Forderung einen Arbeitskampf zu führen, wie ihn diese Republik schon lange nicht mehr erlebt hat.

Mit ein paar Demonstrations- und Schwerpunktstreiks wird es dieses Mal nicht gehen. Die 35 Stunden bei vollem Lohn können nur durch einen Kampf durch-

gesetzt werden, der die wichtigsten Bereiche und Betriebe der Metallindustrie erfaßt, sich auf die größten und kampferfahrensten Belegschaften stützt, die wichtigsten Regionen des Landes einbezieht. Eine Streikplanung, die nicht die Einbeziehung der großen Automobilwerke vorsieht, die die Stahlbetriebe und die Großwerften außen vor läßt und an den wichtigsten Betrieben der Elektroindustrie und des Maschinenbaus vorbeigeht, wird kaum ausreichenden politischen Druck erzeugen können, um den Widerstand von Kapital und Reaktion zu brechen.

Nicht wenige Kolleginnen und Kollegen befürchten eine Niederlage in dieser Auseinandersetzung. Natürliche besteht auch diese Möglichkeit. Aber mehr denn je gilt heute für die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften der Satz: Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!



für alle



Der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist ein Teil des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit, ein Teil des Kampfes für die Verwirklichung der DGB-Forderung „Arbeit für alle“.

Arbeit für alle — wenn wir uns den gegenwärtigen und zu erwartenden Gang der Entwicklung der kapitalistischen „freien Marktwirtschaft“ vor Augen führen, dann steht es schlecht um die Verwirklichung dieser Forderung. Selbst wenn wir in der gesamten Wirtschaft die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich durchsetzen würden, hätten wir zwar einen gewaltigen und spürbaren Erfolg im Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitslosigkeit errungen, das Heer der Arbeitslosen aber würde in einigen Jahren wohl dennoch nach Millionen zählen.

Die Gründe für den zu erwartenden Anstieg der Arbeitslosigkeit sind bekannt:

1. Erweiterter Einsatz von Mikroelektronik, Industrierobotern usw. Diese Rationalisierungswelle droht immer mehr Arbeitsplätze zu vernichten.

2. In den sogenannten Krisenbranchen wie Stahl, Werften, Bergbau werden die Kahlenschlags-

sanierungen rücksichtslos weitergehen.

3. 1986/87 steht ein neuer Kriseneinbruch ins Haus.

Hinter all diesen Gründen für den drohenden katastrophalen Anstieg der Arbeitslosigkeit aber steht eine Ursache: die kapitalistische Profitmacherei.

Warum werden heute Tausende und Abertausende arbeitslos? Z. B. weil die Kapitalisten ihre Betriebe durchrationalisieren, weil sie mit weniger Arbeitern und moderner Technik mehr Profit erwirtschaften können. Neue Technologien und moderne Produktionsmethoden aber müßten ja nicht zu mehr Arbeitslosigkeit führen. Sie könnten auch dazu führen, daß die Waren billiger würden und mehr Menschen sie sich leisten könnten. Sie könnten vor allem auch zur drastischen Verkürzung der Arbeitszeit führen. Nur weil sie im Kapitalismus zur Steigerung des kapitalistischen Profits führen **müssen**, führen sie im Kapitalismus zur Arbeitslosigkeit.

Ein anderes Beispiel: Arbeiter und Angestellte werden arbeitslos, weil die Kapitalisten in der Bundesrepublik und Westberlin Betriebe dicht

machen, weil sich in den sogenannten Billiglöhnländern mehr Profit machen läßt.

Solange die Produktion nicht an den Bedürfnissen aller, nicht an den gesellschaftlichen Notwendigkeiten orientiert ist, sondern ausschließlich an den Profitinteressen der Kapitalisten, solange wird es auch Arbeitslosigkeit geben.

Wenn wir Vollbeschäftigung wollen, wenn wir die Forderung „Arbeit für alle“ verwirklichen wollen, dann wird uns dieser Kampf notwendig an den Punkt führen, an dem sich die Frage der Abschaffung des Kapitalismus, die Frage des Sozialismus stellt.

Wenn wir Arbeiter und Angestellten Wirtschaft und Politik bestimmen würden und nicht die Flick-Milliarden oder die Interessen einer Schicht neureicher Bonzen wie in der DDR, dann gäbe es in diesem reichen Land mit seiner ungeheuren Produktionskapazität keine Arbeitslosigkeit. Ein Sozialismus, in dem — im Gegensatz zu den Verhältnissen in der DDR — Arbeitermacht, Freiheit und Demokratie tatsächlich verwirklicht wären, würde uns mit Sicherheit auch eins bringen: eine wöchentliche Arbeitszeit, die deutlich unter 35 Stunden liegt.

Lieber keine Kapitalisten
Als keine Arbeit!

Darum 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn

Arbeitslose, ein revolutionärer Faktor?

(I. Teil)

Gegen die Unterschätzung des Kampfes gegen die Massenarbeitslosigkeit als ein Problem der Partei

In Westeuropa wird nach Einschätzung der OECD die Arbeitslosenzahl, die im zweiten Halbjahr 1983 rund 10,4 Prozent betrug und damit 17,5 Millionen Menschen betraf, bis Mitte 1985 auf über 20 Millionen anwachsen. Für die Bundesrepublik mit derzeit über 2,5 Millionen Arbeitslosen würde das ein Anstieg auf fast 3 Millionen bedeuten. Eine Zahl, die eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist. Überhaupt, wenn man berücksichtigt, daß in dieser Zahl die über eine Million nicht registrierten Arbeitslosen, die keinerlei Unterstützung bekommen, nicht enthalten sind:

die Schulabgänger, die Hochschulabsolventen; Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, die die Hoffnung verloren haben, über das Arbeitsamt vermittelt zu werden; Hausfrauen, die in den letzten drei Jahren nicht als Arbeiterinnen oder Angestellte beschäftigt waren oder die von den Arbeitsämtern als „dem Arbeitsamt nicht zur Verfügung stehend“ aus den Arbeitslosenlisten gestrichen wurden, weil sie Kinder haben oder nicht umziehen, sich von ihren Partnern trennen wollen.

Noch nie seit den Jahren der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 hatte das Problem der Arbeitslosigkeit solch eine Bedeutung wie heute. In den letzten zehn Jahren gab es 33 Millionen Fälle von Arbeitslosigkeit. 12,5 Millionen Bundesbürger haben in diesem Zeitraum ihren Arbeitsplatz verloren und sich eine neue Stelle suchen müssen. Durchschnittlich hat jeder Arbeitslose dreimal diese Erfahrung gemacht. In den letzten zwei Jahren war etwa jeder vierte Arbeiter bzw. Angestellte in der Bundesrepublik wenigstens einmal arbeitslos.

Letztes Jahr waren im Durchschnitt 2,26 Millionen Menschen arbeitslos. Das sind 390 000 mehr als beim bisherigen Höchststand nach dem Krieg im Jahre 1950. Gleichzeitig bedeutet dies eine Steigerung gegenüber dem Jahresmittel von 1982 um 23 Prozent. Zum Jahresende kamen 37 Arbeitslose auf eine offene Stelle. Besonders betroffen von dieser Entwicklung waren die 138 000 arbeitslosen Schwerbehinderten. Ihre Zahl hat gegenüber dem Vorjahr um 12 Prozent zugenommen. Bei den 59-jährigen und älteren stieg sie um 10 Prozent. In den Metallberufen nahm sie um 6 Prozent zu und liegt jetzt bei rund 400 000. In den Gesundheitsdienstberufen stieg die Arbeitslosigkeit innerhalb des letzten Jahres um fast 22 Prozent, bei den Sozial- und Erziehungsberufen waren es 14,6 Prozent, bei den Ingenieuren und Naturwissenschaftlern 13,7 Prozent und mehr. Die größte erfaßte Einzelgruppe sind die Ausländer mit 296 000 arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen.

Dabei ist dies nur der Anfang einer Entwicklung, die sich verstärkt fortsetzen wird. Mag es auch vorübergehend im Zuge einer relativ leichten wirt-

schaftlichen Erholung zu einem nur schwachen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen oder zu einer Stagnation auf diesem Sektor kommen, so wird doch der Eintritt in die nächste zyklische Krise in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mit mindestens drei, vier, fünf Millionen, wenn nicht noch mehr Arbeitslosen beginnen. Vorbei sind die Zeiten, wo die Konjunktur auch mit einem wesentlichen Abbau der Arbeitslosenzahlen verbunden war, wo man noch Arbeiter aus dem Ausland hereinholen mußte.

Es ist nicht nur die große Exportabhängigkeit der Bundesrepublik, die die Lage so unsicher macht, die Gefahr, daß es infolge der Zahlungsunfähigkeit bis über die Ohren verschuldeter Entwicklungsländer wie Brasilien, Mexiko, Argentinien, aber auch Polen, Jugoslawien u.a. zu einem Bankrott, einem schwarzen Freitag wie 1929 in den westlichen Industriestaaten kommt, es ist vor allem die anstehende technologische Revolution, die Einführung neuer Technologien, Mikrochips, Industrieroboter, die die Massenarbeitslosigkeit weiter erhöhen werden. Schon heute wird der neue Golf bei VW zu über 90 Prozent von Robotern gefertigt. Im Sektor der Textverarbeitung werden zwei Millionen Arbeitsplätze von der Rationalisierung betroffen. Nicht nur die Arbeiter in den großen Fabriken, auch die Angestellten in den Banken, Versicherungen, im Einzelhandel werden von dieser Entwicklung erfaßt. In München sind heute schon fast die Hälfte aller Arbeitslosen Angestellte. Die Tendenz zeigt, daß der Einsatz neuer Technologien und der damit verbundene Rationalisierungseffekt in besonderer Weise die Angestellten trifft.

Wie steht nun die Partei zu dem Problem der Arbeitslosigkeit, wie greift sie hier ein? Der 4. Parteitag unserer Partei im Dezember 1978 hatte korrekt zum Problem der Arbeitslosigkeit Stellung genommen und betont, daß — obwohl die offizielle Zahl der Arbeitslosen damals „nur“ eine Million betrug — „der Kampf gegen Rationalisierungsterror und Arbeitslosigkeit für die Arbeiterklasse alles andere als eine zweitrangige Frage ist, sondern zweifellos ein, wenn nicht der Schwerpunkt des Klassenkampfes in den

kommenden Jahren“. Und: „Die von uns genannten Faktoren werden aller Wahrscheinlichkeit nach dazu führen, daß die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland und Westberlin im Laufe der 80er Jahre prozentual ein Ausmaß erreichen wird, wie es in Deutschland in der Krise 1929/32 bestanden hat.“ Eine Aussage, die, wie wir anhand der konkreten Entwicklung feststellen können, keineswegs überholt ist.

Wie behandelte nun der letzte, der 5. Parteitag Ende vergangenen Jahres dieses Problem? Einerseits stellte er in der „Resolution zum wirtschaftlichen Kampf“ sehr richtig fest: „Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich ist die derzeit wichtigste wirtschaftliche Forderung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften.“ Und begründete dies: „Ihr Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung und gegen die Intensivierung der

nicht die Rede.

Nun, der Parteitag stellte diesen Mangel fest und beschloß, durch das neue ZK eine Resolution zur Arbeitslosigkeit verabschieden zu lassen. So weit, so gut, doch ist damit natürlich noch nicht der Mangel, der in der Unterschätzung der politischen Arbeit unter den Arbeitslosen liegt, behoben. Es ist grundsätzlich richtig, daß die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Schwerpunkt der gesamten politischen Tätigkeit der Partei sein muß. Hier im Betrieb ist die Arbeiterklasse — ohne die es weder Revolution noch Sozialismus geben wird — konzentriert, die Gewerkschaften sind ihre größte und einflussreichste Massenorganisation. Jeder Betrieb unsere Festung, das ist das Ziel, das wir nach wie vor anstreben müssen.

Arbeitslose: Teil der Arbeiterklasse

Und genau so richtig ist es auch, daß hier im Betrieb der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit durch den Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze, gegen Kündigungen und Massenentlassungen, Rationalisierungsmaßnahmen, Akkordhetze und das Schinden von Überstunden beginnt. Doch sind die Kolleginnen und Kollegen erst einmal entlassen, sind sie für viele Genossen offensichtlich kein Thema mehr. Sind denn die Arbeitslosen etwa kein Teil der Arbeiterklasse mehr, der unsere Hauptaufmerksamkeit gilt? Diese Unterschätzung der Arbeitslosenarbeit gibt es sowohl seitens der Leitungen als auch der Basis. Obwohl acht Prozent unserer Mitglieder arbeitslos

suchen ist, sondern ganz einfach in der Tatsache, daß jemand, der seine 1800, 2000, 2500 oder 3000 Mark netto im Monat hat, sich nur schwer vorstellen kann, was es heißt, von 800 Mark netto im Monat zu leben, nicht zu wissen, wovon man Strom, Gas, die Kleidung für die Kinder usw. bezahlen soll. Sich eine Situation vorzustellen, in der in der Familie am Abend keine drei Mark mehr da sind für das Essen am nächsten Tag, in der die Frau sich nicht traut, ihrem Mann zu sagen, daß in zwei Tagen die Wohnung zwangsgeräumt wird.

Sicher, noch ist es nicht die Mehrheit der Arbeitslosen, die so lebt, doch ihr Anteil wird immer größer. Einer Untersuchung des IAB zufolge, lebten Anfang 1983 mindestens 50 000 bis 70 000 Arbeitslosen in versteckter Armut, das heißt, ihr verfügbares Einkommen lag unterhalb des Sozialhilfeniveaus. Eine Zahl, die inzwischen die 100 000 weit überschritten haben dürfte. Hier ist eine Entwicklung im Gange, die zu amerikanischen Verhältnissen, zu Suppenküchen wie vor 1933, die nicht zur relativen, sondern zur absoluten Verelendung großer Teile der Arbeiterklasse führt.

Dauerarbeitslosigkeit

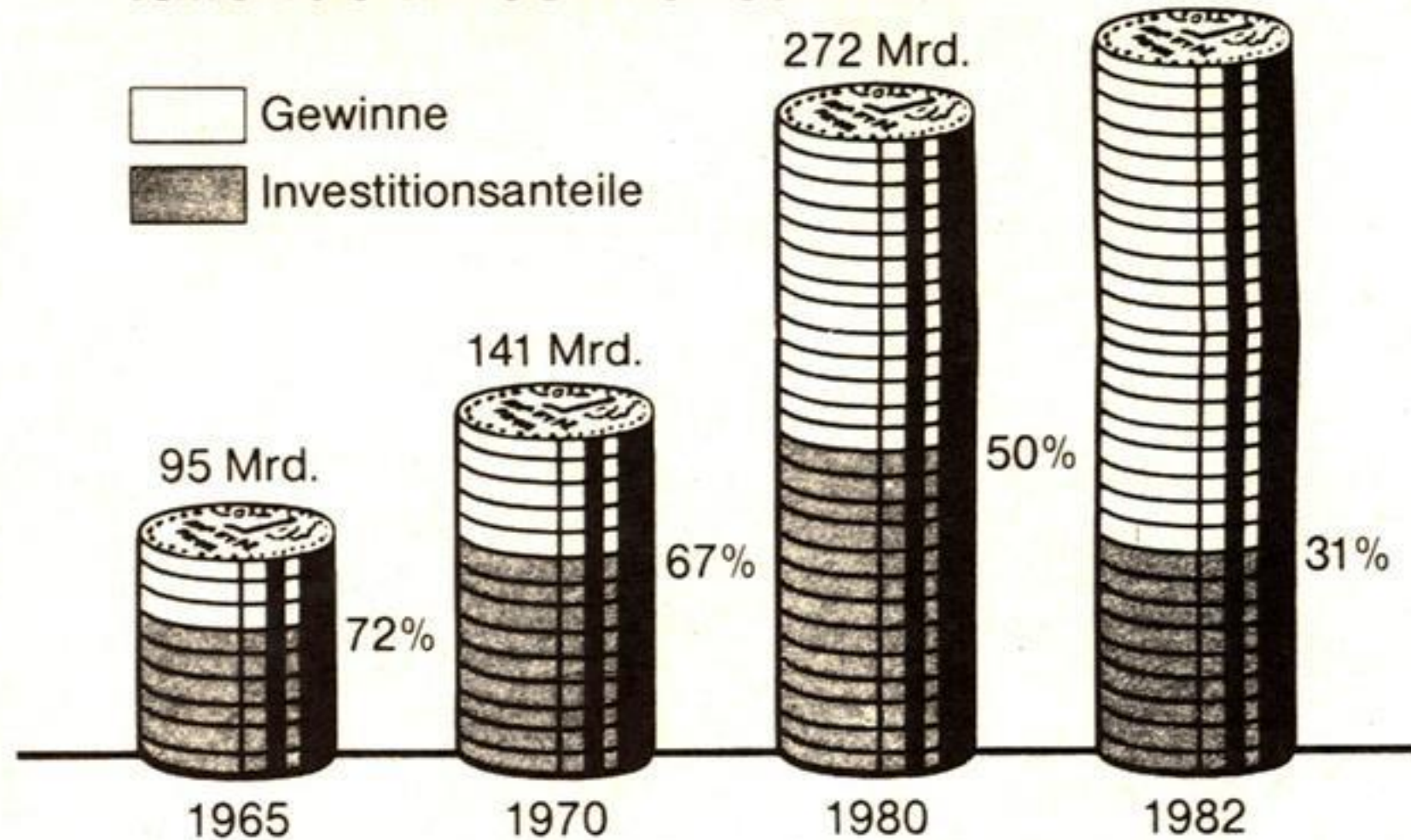
Begonnen hat diese Entwicklung vor einigen Jahren. Nicht plötzlich, langsam wuchs die Zahl der Arbeitslosen. Viele verloren ihren Arbeitsplatz, doch sie fanden auch wieder nach zwei, drei, vier Monaten eine neue Stelle. Und solange man Arbeitslosengeld, das heißt 68 Prozent des Nettolohns (ein-

sogenannten Zumutbarkeitsregelung, der erste brutale Angriff auf die Rechte der Arbeitslosen. Danach müssen Arbeitslose nach einer Übergangszeit von vier, höchstens sechs Monaten auch geringwertige Stellen der nächsttieferen Qualifikationsstufe annehmen. Die Stufen sind: Akademiker, Meister und Fachschüler, Facharbeiter, angelernter Arbeiter, Hilfsarbeiter. Die Ablehnung eines zumutbaren Arbeitsplatzes führt zu einer Sperrzeit von acht Wochen und den Verlust der Arbeitslosenunterstützung für diese Zeit.

Angeblieh sollte der Zumutbarkeitserlaß den „Mißbrauch von Arbeitslosengeld zu Lasten der Arbeitenden“ verhindern. Mißbrauch ist demzufolge: wenn ein arbeitsloser gelernter Schlosser sich weigert, eine Stelle als Forsthilfsarbeiter mit 500 Mark weniger brutto anzunehmen oder sich weigert, eine Weststrecke von hundert und mehr Kilometern zur Arbeit zurückzulegen. Die Folge dieser Regelung: ein gnadenloser Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, der vor allem die weniger Qualifizierten, die ausländischen Kolleginnen und Kollegen trifft. Wer zu alt, zu schwach, behindert, zu unerfahren ist, wird gnadenlos ausgesiebt und auf die Straße geworfen.

Nach der Wende in Bonn ging es dann in die Vollen. Die Abwälzung der Lasten der Krise auf die Arbeiterklasse, die Werktätigen, die Taktik der Bourgeoisie, den Armen zu nehmen, den Reichen zu geben, traf besonders die Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger und Rentner. So wurden die Zuschüsse an die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit um 1,9 Milliarden Mark gekürzt; die Fördersätze für Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation

Steigende Gewinne, fallende Investitionsanteile



Arbeit ist offenkundig.“

Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere, genauso wichtige ist, daß sie bei ihrer vollen Durchsetzung mindestens 1,4 Millionen Erwerbslosen Arbeit und Brot bringen kann. Denn kommt sie nicht, so werden sich die Zahl der Arbeitslosen, Massenarmut und Massenelend in den kommenden Jahren beträchtlich erhöhen. Doch davon, vom Problem der Massenarbeitslosigkeit, ist im Rahmen der Resolution außer in sechs Zeilen am Anfang und der Feststellung, daß die Einführung der 35-Stunden-Woche auch bezüglich „der Rückgliederung von Arbeitslosen in den Produktionsprozeß erste Erfolge bringen“ kann,

sind, beschäftigte sich von den 362 Anträgen zum 5. Parteitag lediglich einer mit dem Thema Arbeitslosigkeit. Und auch die Betriebs- und Gewerkschaftsabteilung sowie auch der „Rote Morgen“ taten sich in der Behandlung dieses Themas nicht gerade hervor. Zum ersten zentralen Arbeitslosentreffen der Landesbezirke Weser-Ems, Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein erschien lediglich eine Genossin. Mit der Arbeitslosenzeitung der Partei wurde bisher kaum gearbeitet usw. usw.

Diese Unterschätzung der Arbeitslosenarbeit hat natürlich ihre Ursache, die sicher nicht im bösen Willen der Genossen, in ideologischer Unklarheit zu

schließlich 13 Monatsgehalt, Urlaubsgeld etc.) bekam, war das zwar bitter, aber man kam noch eben so lang. Nur für die älteren, die schon in den 70er Jahren keine Arbeit mehr fanden, begann das Problem der Dauerarbeitslosigkeit, der Herabstufung, erst einmal auf Arbeitslosenhilfe von 58 Prozent und dann ...

Anfang der 80er Jahre, mit Verschärfung der Krise, begann dann auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen stärker zu wachsen. Ende 1982 waren bereits knapp 400 000 Arbeitslose ein Jahr und länger arbeitslos, davon 110 000 sogar über zwei Jahre. Hinzu kam noch unter der SPD/FDP-Regierung im April 1982 mit Inkrafttreten der

von bisher 90 bzw. 75 auf 80 bzw. 70 Prozent herabgesetzt; Bildungsmaßnahmen, insbesondere die Aufstiegsfortbildung eingeschränkt; Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu Lasten der Arbeitslosen neu geregelt.

Durch Verringerung der Einkommensbemessungsgrundlage für die Berechnung von Arbeitslosengeld und -hilfe infolge der Nichtberücksichtigung von Mehrarbeitszuschlägen und wiederkehrenden Zahlungen bzw. Zuwendungen (13 Monatsgehalt, zusätzliches Urlaubsgeld etc.) betragen Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe heute tatsächlich schon längst nicht mehr 68 bzw. 58 Prozent des Nettoeinkom-

Fortsetzung von Seite 9

mens, sondern sind um 10 Prozent und teilweise sogar mehr abgesunken. Der gleiche Schwindel liegt der vom 1. Januar 1984 an beschlossenen Kürzung des Arbeitslosengeldes für Alleinstehende und Kinderlose von 68 auf 63 Prozent, für Arbeitslosenhilfsempfänger auf 56 Prozent vom Nettolohn zugrunde.

Im Gegensatz zum Arbeitslosengeld, auf das — nach Erfüllung der von Bonn verordneten Einschränkungen — immer noch ein Anspruch besteht, wird die Arbeitslosenhilfe, deren Zahl der Empfänger mit Dauer der Arbeitslosigkeit immer größer wird, nach Bedürftigkeit gewährt. Das heißt, der Verdienst, das Einkommen des Ehepartners, der Eltern, der Kinder, das eigene Vermögen des Arbeitslosen werden mit angerechnet. Das heißt, soweit es Genannte, die verdienen, gibt, ist erst einmal schon ein Großteil vom Bezug der Arbeitslosenhilfe ausgeschlossen, andere erhalten monatlich 10, 20, 50 Mark.

Doch das ist wiederum nur die eine Seite. Selbst für den, der Anspruch auf Arbeitslosenhilfe wegen Bedürftigkeit hat, ist nach § 136 des Arbeitsförderungsgesetzes jetzt die Alhi „neu festzusetzen, wenn der Arbeitslose nicht mehr das Arbeitsentgelt erzielen kann, daß der Bemessung bisher zugrunde lag.“ Danach kann das Arbeitsamt die Arbeitslosenhilfe sogar auf Null herabsetzen, weil der Arbeitslose bei der gerade herrschenden Arbeitslosigkeit und in absehbarer Zeit unveränderten Arbeitsmarktlage nirgendwo ein Entgelt erzielen kann. In der Praxis schon heute unter den Sozialhilfesatz.

Wie in einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung festgestellt wird, scheitern jedes Jahr mehr Dauerarbeitslose an der Bedürftigkeitsprüfung, erhalten nur wenige der aus der Arbeitslosenunterstützung ausgegrenzten Arbeitslosen überhaupt Sozialhilfe, werden arbeitslose Sozialhilfsempfänger immer häufiger zu „Gemeinschaftsarbeiten“ zwangsverpflichtet, das heißt zu Arbeitsverhältnissen ohne Sozialversicherung, die mit einer Entschädigung für „Mehraufwendungen“ von einer bis drei Mark pro Stunde entlohnt werden, werden für die aus der Arbeitslosenunterstützung ausgegrenzten Arbeitslosen keine Krankenversicherungsbeiträge gezahlt, werden gerade die ausgegrenzten Arbeitslosen ohne jegliche finan-

zielle Leistung bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen grundsätzlich nicht berücksichtigt.

Betrug im September 1982 die Ausgrenzung der Arbeitslosen aus der Arbeitslosenversicherung schon 28 Prozent, so werden es für 1984 laut Haushaltsplan der Bundesanstalt in Nürnberg nicht einmal mehr als die Hälfte, nämlich nur noch 46 Prozent aller arbeitslos Gemeldeten sein, die Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung haben. Damit nähern wir uns Verhältnissen wie 1932, als nur noch 30 Prozent aller Erwerbslosen die Hauptunterstützung (vergleichbar mit dem Arbeitslosengeld) bezogen. Und von diesen 46 Prozent erhalten 75 Prozent ein Arbeitslosengeld unter 1 000 Mark monatlich. Dies gilt für 90 Prozent der Frauen, die Arbeitslosengeld beziehen, und für 90 Prozent derjenigen, die Arbeitslosenhilfe empfangen. Das heißt, immer mehr Arbeitslose sinken unter das Sozialhilfeniveau und die Ausgaben der Gemeinden steigen weiter an, was wiederum Kürzungen in anderen Bereichen wie Kindergärten, Altenbetreuung, Sportstätten usw. und damit neue Arbeitslose zur Folge hat.

Die Schweinerei dabei ist, daß von Seiten der Regierung in der Öffentlichkeit der Eindruck zu erwecken versucht wird, die Arbeitslosenunterstützung sei ein Almosen des Staates an die Arbeitslosen, die, je nach finanzpolitischer Großwetterlage, auch wieder beschnitten werden könne. Hier wird der Grundsatz der Arbeitslosenversicherung ausgehebelt, daß die Leistungen den Beiträgen entsprechen sollen, indem von gezahltem Arbeitsentgelt zwar Beiträge erhoben, bei Arbeitslosigkeit aber keine entsprechenden Leistungen gewährt werden. Hier wird völlig außer Acht gelassen, daß die Arbeitslosen ihre Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung durch eigene Beiträge zur Bundesanstalt für Arbeit erworben haben. Dabei hat sich der Beitrag zur Bundesanstalt in den letzten zwölf Jahren auf jetzt 4,6 Prozent mehr als verdreifacht.

Doch genug der Zahlen und Fakten — wir haben sie zur sachlichen Information unserer Leser über das Problem Arbeitslosigkeit gebracht — gehen wir nun auf die menschliche und die politische Seite dieses Problems näher ein.

Fortsetzung folgt.

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + +

Zu schwammig?

Betr.: RM 5/84 Iran — fünf Jahre nach dem Sturz des Schah
Liebe Genossen,
zu eurem Artikel anlässlich der Februarrevolution 1979 im Iran einige kritische Anmerkungen: einige Positionsbestimmungen darin halte ich für gut und erfreulich, daß sie endlich auch einmal im RM zur Diskussion gestellt werden. An einigen Punkten aber bleibt ihr zu sehr im Grundsätzlichen stecken. Bei aller Kompliziertheit der Situation halte ich eure Thesen da für allzu schwammig.

Deutlicher: 1. Richtig und notwendig ist sicherlich die Feststellung, daß die Februarrevolution eine Niederlage des (US-) Imperialismus war. Diese These wird in dem Artikel zumindest ansatzweise auch durch Tatsachen belegt. Für falsch halte ich es aber, wenn ihr im Folgenden pauschal behauptet, der Imperialismus habe diese Niederlage bis heute „keineswegs wieder „wettgemacht“ wie manche These laute, ...“. Eure „Widerlegung“ einer solchen These ist nicht überzeugend, da ihr eure Position nur behauptet, aber durch nichts belegt. Tatsache ist heute, daß man nicht mehr nur von „wachsenden Geschäften des BRD-Kapitals“ mit dem Iran sprechen kann, sondern daß man klipp und klar sagen muß, daß schon seit einiger Zeit das Handelsvolumen mit der BRD weit größer ist als es jemals zur Schah-Zeit war. Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen und bißchen Gerechtheit über die ach so mittelalterlichen Ayatollahs, so etwas hat doch die Kapitalisten noch nie oder höchstens für kurze Zeit von ihren Geschäften abhalten können. „Business as usual“, würde Lambsdorff sagen. Ökonomisch gesehen sind also Verluste sehr wohl wettgemacht worden, was nicht bedeutet, daß der Imperialismus nicht durch die Februarrevolution vor allem politisch und ideologisch in gewissem Maße geschwächt worden ist. Diesen Schlag sollten wir aber weder unter- noch überschätzen. Es wäre ja nicht das erste Mal, daß der Imperialismus sehr gut gelernt hat, mit steckengebliebenen kleinbürgerlich geführten Revolutionen zu leben. Ich meine, daß eine Schwächung des Imperialismus nicht für ewig gelten muß, sondern daß sie auch einen lediglich begrenzten, zeitweiligen Charakter haben kann.

2. Eure Stellungnahme gegen die These des Lagerwechsels des Iran (vom US-Imperialismus hin zum Sozialimperialismus) finde ich in dieser Form auch nicht so ganz zufriedenstellend. Ihr hättet zumindest noch einmal darauf hinweisen können, daß es gefährliche Tendenzen in der Richtung eines einfachen Lagerwechsels sehr wohl gab und gibt, daß z. B. die Verfolgung der Tudeh-Partei erst vor relativ kurzer Zeit begann. Bis dahin war die Tudeh-Partei zumindest von einem Teil der Machthaber wohlgehten, stellte sie doch ihren Einfluß und ihre Kenntnisse auch für die Verleumdung, Verfolgung und physische Vernichtung von Revolutionären innerhalb und außerhalb des Iran zur Verfügung. Dies festzustellen bedeutet keineswegs, die jetzige Verfolgung von Tudeh-Mitgliedern gutzuheißen. Es darf aber nicht vergessen werden, daß die Tudeh-Partei nicht nur ideologisch völlig auf der anderen Seite stand. Bis vor kurzem hatte die Sowjetunion wenig Anlaß, Kritik zu üben. Man muß feststellen, daß sie sehr wohl im und durch den Iran Einfluß gewonnen hatte (und weiterhin noch hat). Die „antisowjetischen“ Sprüche der iranischen Machthaber von „weder Ost noch West“ usw. konnten die Sozialimperialisten nehmen als das, was sie aus dem Munde dieser Machthaber sind: Verbalradikales Getöse ohne eine wirklich revolutionäre, auf realen Veränderungen der sozioökonomischen Verhältnisse im Iran gestützte Grundlage, welche dann auch ihnen hätte gefährlich werden können. Richtig ist, daß der Einfluß der SU im Iran bisher sicher nicht entscheidend für die gesellschaftliche Entwicklung gewesen ist. Das heißt aber noch nicht, daß die Teheraner Machthaber nun tatsächlich eine international vorbildliche Politik der nationalen Unabhängigkeit gemacht hätten. Es gab eine Zeitlang Ansätze dazu, aber viel mehr war das nicht. Gerade in letzter Zeit

wird immer deutlicher, daß verbalradikale Erklärungen nicht den Mangel an wirklich konsequent antiimperialistischen Maßnahmen (z. B. die Durchführung einer Landreform, die die erschreckend zunehmende Landflucht bremsen könnte) verdecken können.

3. Wenig überzeugend finde ich auch eure Stellungnahme zu dem Interesse des Khomeiny-Regimes am Krieg Iran-Irak. Sicher kann man nicht sagen, daß der Iran den Krieg nur deswegen angefangen habe, um eine innere Stabilisierung zu erreichen. Dennoch gilt es, dies als einen Faktor im Kalkül der Teheraner Machthaber gebührend zu berücksichtigen. Es war eben nicht nur der Imperialismus, der von außen den Iran zum Krieg gedrängt hat. Es war sehr stark auch die Entwicklung der inneren gesellschaftlichen und ideologischen Widersprüche im Iran, die zum Krieg trieben. Man muß die religiös verkleideten Vorwände des Regimes zur Expansion kennen, das alle Schiiten von den Ungläubigen befreien will. Man muß die zunehmenden inneren Schwierigkeiten im Iran sehen, die auch dadurch zustande kamen, daß das Regime sich zunehmend als unfähig erwies, die Erwartungen der Massen auf eine materiell spürbare Besserung ihrer Lage und auch auf mehr Demokratie in der Praxis zu erfüllen und den Massen realistische Ziele zu setzen. Vor Beginn des Krieges waren im Iran bereits jene Kräfte sehr stark — später haben sie dann endgültig die Macht an sich gerissen —, die in der Bewegung geratenen Massen solche wirklichen fremden und reaktionären Ziele setzten wie Befreiung von Jerusalem, der Golfstaaten usw. Die ständigen Provokationen, die sich aus dieser Haltung ergaben, waren natürlich für den Imperialismus eine willkommene Gelegenheit, den Iran mit seinem ebenfalls volksfeindlichen Regime zum Krieg zu drängen. Ich halte es in diesem Zusammenhang für falsch, das irakische Regime nun einfach mit dem Imperialismus gleichzusetzen. Auch hier muß man wieder differenzierter analysieren, die wechselseitige Abhängigkeit von inneren und äußeren Faktoren berücksichtigen. In der derzeitigen Situation müßte man z. B. genau berücksichtigen, welches der beiden Regime eher bereit ist, Frieden zu schließen, was dann sicher beiden Völkern nützen würde und dem Imperialismus schaden könnte. Kurz gesagt: Bei aller Stärke und Heimtücke des US-Imperialismus, ein bißchen „Emir von Afghanistan“ würde ich auch dem Reaktionär Saddam Hussein im Irak zubilligen, denn er ist weder mit Somoza noch mit Jaruzelski gleichzusetzen.

Das alles soll nicht heißen, daß nun der Einmarsch irakischer Truppen auf iranisches Gebiet am Kriegsbeginn nicht schärfstens zu bekämpfen war. Genauso entschieden ist aber zur Zeit die Fortsetzung des Krieges durch das Khomeiny-Regime und dessen Einmarsch in den Irak zu verurteilen.

4. Wenn ich schon bei dem auch von euch noch einmal bemühten Emir von A. bin: Ich vermisste in dem Artikel, daß ihr da in Bezug auf den Iran klar Roß und Reiter nennt. Gut finde ich, daß im RM mal versucht wird, die verschiedenen Faktoren der Revolutionszeit zu beschreiben. Das bleibt dann aber wieder sehr allgemein. Der „Emir“ des Iran, das ist meine ich, schon seit langer Zeit nicht mehr Khomeiny. Ganz sicher war das zumindest während seiner Präsidentschaft im Iran Bani-Sadr mit seinen Anhängern auf den verschiedenen Ebenen der Macht. Seine Äußerungen und Taten gegenüber Linken und gegenüber den demokratischen Bestrebungen der Arbeiter waren kleinbürgerlich-liberal bis offen reaktionär. Ansonsten aber war er in vielen Punkten klar antiimperialistisch. Nur wenige antiimperialistische Kräfte, unter ihnen die Mudjahedin, haben das damals richtig erkannt und dementsprechend praktische politische Schritte in Richtung einer Einheitsfront eingeleitet. Viele Linke haben das nur mit Mißtrauen beobachtet. Neben Bani-Sadr und anderen nationalbürgerlichen Kräften gehört auch ein Teil der Geistlichkeit zu solchen Kräften. Kein CISNU-Flugblatt während der Schah-Diktatur vergaß ja, diesen Umstand zu erwähnen, nur, die praktisch-politische Nagelprobe die-

ser Aussage im revolutionären Iran selbst war dann wohl sehr viel schwieriger zu bestehen. Unter diesen Kräften (Geistlichkeit) gab es dann auch Leute wie der Ayatollah Taleghani, der im Unterschied zum Emir auch noch im Inneren entschlossen für demokratische und soziale Reformen eintrat. Solche Kräfte gibt es sicher auch heute noch, wenn auch nicht mehr in wichtigen Positionen wie zu Beginn 1979, sondern eher im Untergrund oder im Exil.

Eine andere Frage wäre, ob man nicht Bani-Sadr heute anders beurteilen kann, nämlich als einen fortschrittlichen Antiimperialisten, der im Unterschied zu seiner Regierungszeit auch zu innergesellschaftlichen Widersprüchen demokratische und fortschrittliche Standpunkte zu vertreten versucht. Völlig verfehlt wäre es aber nach wie vor, da irgendeine linke oder kommunistische Elle anzulegen und dann bei jedem Schritt Bani-Sadres oder des Nationalen Widerstandsrates, dessen Mitglied er neben anderen ist, sofort immer Verrat zu wittern.

Noch einmal zu dem Artikel: Wen meint ihr eigentlich mit den „fortschrittlichen Kräften unter den islamischen Kräften“? Wenn damit die Mudjahedin und ihnen nahestehende Kräfte wie z. B. früher Taleghani und heute Bani-Sadr und andere gemeint sein sollten, dann schreibt das doch bitte auch einmal. Daß diese Organisation im antiimperialistischen Kampf auch Fehler gemacht hat und macht, steht außer Frage und hängt sicher auch mit ihrer klassenmäßigen Herkunft, Zusammensetzung und Ideologie zusammen. Daß eine konkrete Stellungnahme zu ihrer Politik und zu der Politik des Nationalen Widerstandsrates, einer Einheitsfrontorganisation unter ihrer Führung aber geradezu dringend geboten ist, liegt, so meine ich, ebenfalls auf der Hand.

5. Wenn man davon ausgeht, daß innere und äußere Faktoren einer revolutionären Entwicklung nicht schematisch voneinander getrennt werden können, ergibt sich die Frage, wenn im Iran der Punkt erreicht worden ist, an dem die Unterdrückung und Knebelung des Volkes im Inneren so stark geworden ist, daß dadurch der antiimperialistische Kurs des Regimes insgesamt entscheidend geschwächt und abgelenkt worden ist. Ein Volk, das im Inneren zu stark geknebelt wird, ist schließlich nicht mehr in der Lage und nicht mehr bereit, sich dem Imperialismus entgegenzustellen bzw. die Regierung bei entsprechenden Schritten genügend zu unterstützen. Widersprüchliche Entwicklungstendenzen muß man ohne Scheu offenlegen und da meine ich, daß dazu bei aller nötigen Vorsicht in der Einschätzung im RM, wenn ich nicht richtig erinnere, zu lange geschwiegen worden ist.

Und schließlich: Wie sieht es aus mit der Politik der Kommunisten im Iran (nicht die Tudeh-Partei)? Wel-

che politische Bedeutung haben sie für die Opposition und welche Orientierung geben sie? Wie ist die Partei der Arbeit Irans einzuschätzen, die nun neben einigen anderen linken Kräften im Nationalen Widerstandsrat mitarbeitet? Und die Situation in Kurdistan? ... Vielleicht sind das jetzt zu viele Spezialfragen. Der Artikel hat einige Fragen gut beantwortet, besonders im zweiten Teil, aber auch einige noch offengelassen oder wie ich meine nicht ganz richtig beantwortet.

Entschuldigt bitte die Weitschweifigkeit und Subjektivität, aber einige Dinge wollte ich schon länger einmal schreiben.
H. aus Mülheim

Moralisch?

Liebe Genossen,
in der Ausgabe Nr. 8/84 des Roten Morgen, Artikel „Kommunales Wahlrecht für Ausländer“, haben wir dafür getan?“, heißt es:

„Wir haben ja schon immer gefordert, das Wahlrecht für Ausländer“, das ist richtig. Doch richtig ist auch, daß andere, schon vor uns diese Forderung stellten. Beispiele: Kampagne für das Kommunale Wahlrecht in Hessen von der IAF, oder Kampagne für das Kommunale Wahlrecht in Westberlin. Als diese Kampagnen liefen, wo waren da die Genossen der KPD?

Und jetzt nach ein paar Terminen in Dortmund, nach dem Zusammentreffen von ein paar Organisationen und Menschen, so auf die Kacke zu hauen — wörtlich: „Wo in NRW etwas gemacht wird, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, wo etwas dafür organisiert wird, da sind Genossen der KPD dabei. Mehr als von anderen Parteien“ — finde ich übertrieben und ungerecht gegenüber vielen Menschen, die nicht in der KPD sind, aber mehr dafür tun, als viele Genossen der KPD. Bitte nächstes Mal auf dem Teppich bleiben.

Ich finde es weiterhin nicht gut, wenn man eine ganze Seite für dieses Thema gibt und Artikel und Kommentar dann so moralisch aufbaut wie: „Wenn wir nicht heute offensiv für die Rechte der Ausländer (und damit allgemein gegen den Abbau demokratischer Rechte, den Vormarsch der Reaktion kämpfen), wenn sich Zimmermann mit seinen Plänen durchsetzt, wer weiß, wie viele Ausländer dann in ein paar Jahren noch hier sind.“ Gerade der wichtigste Punkt wird in Klammern gesetzt und für die Forderung wird nicht politisch, sondern moralisch argumentiert.

Das VIA-Seminar am 9./10. 1. 1984, von dem ihr in dem Artikel schreibt, war übrigens nicht in Bochum, sondern in Dortmund. Mit revolutionären Grüßen
N.D. aus Dortmund
P.S.: An alle Genossen zu empfehlen: Kommunistische Hefte Nr. 8, Geholt, gebraucht, gefeuert — zur Ausländerbeschäftigungspolitik.

Heute Massenarbeitslosigkeit

Wehrt Euch

Arbeitslosenzzeitung der KPD Nr. 1184

Morgen Massenelend

Arbeitslose: Unterstützt

die 35-Stunden-Woche

Rund 2,5 Millionen registrierte, rund 1 Million nicht registrierte Arbeitslose, das ist die Bilanz der KPD/Genossen-Regierung nach einem Jahr. Noch niemals seit 1950 war die Zahl der Arbeitslosen so hoch. Und sie wird noch größer werden. Wir stehen vor einer technologischen Revolution: Mikrochips, Mikroprozessoren, Industrieroboter. Der neue Golf in Wolfsburg wird zu über 90 Prozent von Robotern gefertigt. Maschinen ersetzen Menschen. Deshalb sind rigorose Arbeitszeitverkürzungen, ist die Einführung der 35-Stunden-Woche auf längere Sicht die einzig mögliche Chance, die Zahl der Arbeitslosen unter die Millionengrenze zu drücken. Kommt also nicht, so werden wir für die zweite Hälfte dieses Jahrzehnts womöglich mit fünf bis sechs Millionen Arbeitslosen, mit Welkern wenn nicht gar mit faschistischen Verhältnissen rechnen müssen.

Keine neue Zeitung — neuer Name: „Wehrt euch“, Arbeitslosenzzeitung der KPD. Bestellungen an den Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 46 Dortmund 30;

Preise: (zuzüglich Porto und Verpackung)
bis 100 Exemplare 0,15 DM pro Stück
100 - 500 Exemplare 0,12 DM pro Stück
über 500 Exemplare 0,10 DM pro Stück

Ermächtigung zum Einzug von Spenden durch Lastschriften

An die
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

Hiermit ermächtige ich euch, widerruflich, monatlich eine Spende für den Roten Morgen in Höhe von DM zu Lasten meines Girokontos Nr.

bei (genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts)

Bankleitzahl durch Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

(Name, Vorname, genaue Anschrift)

Ort, Datum

Unterschrift

Am 13. März vor fünf Jahren: Revolution auf Grenada

Die Hintergründe der Tragödie Grenadas

Kenrick Radix: „Wie konnte es zu dem Putsch kommen?“

Ihren fünften Jahrestag kann die grenadische Revolution nicht feiern. Das Land, von den USA besetzt, die revolutionären Organisationen zerschlagen und verfolgt, steht heute wieder unter Kontrolle der Imperialisten.

Der US-amerikanische Einmarsch im vergangenen Jahr fand genau in einer der schwächsten Stunden der Revolution Grenadas statt. Ihr unumstrittener Führer Maurice Bishop war ermordet worden, völlig vom Volk isolierte Kräfte waren an der Macht. Unter dem Vorwand, jetzt drohe dort der Kommunismus, befahl Ronald Reagan die Invasion.

Was wirklich hinter den Machtkämpfen innerhalb der Führung Grenadas stand, berichtete jetzt der ehemalige Mini-

Am 28./29. Januar d. J. fand in Hamburg eine Grenada-Solidaritätskonferenz statt, an der verschiedene Solidaritätsgruppen aus Westdeutschland und anderen westeuropäischen Ländern teilnahmen. Eine Dokumentation über diese Konferenz wird in den „Grenada-Nachrichten“ Nr. 7 erscheinen, die vom Karibik Informationszentrum, Hamburg, herausgegeben werden (Nernstweg 32-32, 2000 Hamburg 50). Wichtigster Referent dieser Tagung war Kenrick Radix, der ehemalige Justizminister und Minister für industrielle Entwicklung und Fischereiwesen der Regierung Bishop. Der folgende Beitrag ist eine leicht redigierte und gekürzte Fassung seiner Darstellung der Vorgänge, die zum Putsch vom Oktober führten. Um alles zu erklären, müßte man viel Zeit haben. Ich werde versuchen, es so kurz wie möglich zu machen.

Man muß zunächst einmal die Geschichte unseres Landes betrachten, besonders die Zeit der Diktatur, aus der die Partei (das New Jewel Movement NJM) erwachsen ist. Die Partei entstand als Reaktion auf die Diktatur von Eric Gairy. Als sich die Partei formierte, versuchte man eine Parteiführung zu entwickeln, die nicht zentralisiert war, bei der die Macht nicht zentralisiert war. So entstand ein Kollegium, in dem es auf der politischen Ebene eine von uns so genannte „kollektive Führung“ gab. Dies geht zurück bis zur Gründung der Partei.

Die Partei wurde gegründet von Maurice Bishop, Unison Whiteman, Vincent Noel, von mir, Jacqueline Creft. Wir hatten eine lange historische Beziehung, meist aus der Schulzeit, und Freundschaften, die bis in die Kindheit zurückreichten. Wir kannten uns also alle sehr gut. Später, ungefähr um 1975 kam Bernhard Coard zurück nach Grenada. Maurice und er kannten sich schon als Kinder. Nicht so die anderen. Er kam zurück nach Grenada und fing an in der Partei zu arbeiten. Er gründete OREL (Organization for Revolution, Education and Liberation), mittels derer er seine „marxistischen Elemente“ schulen sollte. Diese machten schon 1975 oder 1976 den Vorschlag, die NJM öffentlich in eine marxistisch-leninistische Partei umzuwandeln. Aber wegen der antikommunistischen Hysterie im Land und wegen der, wie sie es nannten, unzureichenden politischen Entwicklung wurde entschieden, dies nicht zu machen und die Idee wurde erst einmal für lange Zeit ad acta gelegt. Die OREL-Leute kamen als Mitglieder in die NJM.

Bernhard Coard behielt eine starke ideologische Kontrolle über die OREL-Leute, wobei die New-Jewel-Leute der Tat-

sache zu wenig Aufmerksamkeit schenken, daß die OREL-Leute in Schlüsselstellungen innerhalb der Armee und der Sicherheitskräfte gelangten. Meiner Meinung nach brachte Bernhard Coard diese Leute in diese Positionen für einen späteren Coup, der kommen mußte, denn sein persönlicher Griff nach der Macht würde später kommen.

Bernhard analysierte die Stärken und Schwächen aller Entscheidungsträger innerhalb der Partei und versuchte sie zu lenken. Dafür gibt es eine Reihe von Vorfällen und Beispielen. Bei seiner psychologischen Analyse von Maurice Bishop kam er zu dem Schluß, daß Maurice eine demokratische „Mehrheit“ akzeptieren würde. Deshalb trachtete er danach, eine numerische Mehrheit über die Anhänger von Maurice und seiner Ideen und Werte zu bekommen. Dazu kam es, weil verschiedene Leute aus dem Zentralkomitee entfernt wurden: Vincent Noel 1981, ich 1982, Jacqueline auch 1982, und schließlich George Louison innerhalb von 24 Stunden, weil er der „gemeinsamen Führung“ nicht zustimmte. Er wurde aus dem Politbüro und dem Zentralkomitee entfernt. Durch Verschwörungen und Intrigen erreichten sie es also, daß das Zentralkomitee Bernhard Coard unterstützte. Bernhards Idee war dabei, daß wenn er erst einmal die Mehrheit hatte, würde Maurice diese Mehrheit akzeptieren, weil „er ein Demokrat war“. Zwar erlangte er diese Mehrheit in einem buchstäblichen Sinne, aber im Hinblick auf die Gesamtpolitik im Land fehlte ihm die politische Autorität und die politische Legitimation. Er war nie populär beim Volk und Maurice verteidigte ihn deshalb oft. Maurice war Bernhards stärkster Verteidiger. Wenn Bernhard Verschwörungen und Intrigen vorgeworfen wurden, verteidigte ihn Maurice Bishop, indem er darauf hinwies, daß Bernhard einen enormen Beitrag zur Revolution leistete, was wirklich stimmt. Ich will das nicht bestreiten. Er leistete einen fundamentalen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Er hatte organisatorische Fähigkeiten. (...)

Schließlich war Bernhard auch der Minister für Finanzen und Planung und war deshalb auch in der Lage, Leute in Schlüsselstellungen der Partei und des Staatsapparats zu bringen. Im Hinblick auf die Partei war er für die Organisation verantwortlich. Er war der Vorsitzende des Organisationskomitees der Partei, was ein fundamentaler Fehler war, ein theoretischer Fehler. Damit war er verantwortlich für die politische Mobilität innerhalb der Partei. Da ist also das fundamentale materielle Problem, daß er

ster für industrielle Entwicklung und Fischereiwesen der Regierung Maurice Bishops, Kenrick Radix. Wichtig an seiner Darstellung scheinen uns zwei Aspekte, die Erklärung der Handlungsweise von Bishops Gegenspieler Bernhard Coard als reinen Machthunger, wenn sie auch immer mit marxistisch-leninistischem Vokabular getarnt war und die offensichtliche Ablehnung seiner Politik bei den Arbeitern der Karibik-Insel.

Wir veröffentlichen diesen Beitrag mit der freundlichen Genehmigung der Redaktion der „Lateinamerika-Nachrichten“, die schon mehrmals Hintergrundmaterial zu den Vorgängen auf Grenada im letzten Jahr verbreiteten.

Leute in die verschiedenen Jobs einsetzen konnte — und in Grenada ist die Job-Frage sehr, sehr wichtig, mehr Geld zu haben usw. Eine fundamentale materielle Frage. Gleichzeitig war die Frage der politischen Mobilität auch in seinen Händen und so hatte er, objektiv gesagt, also Macht — ungeheure Macht — in Händen. Und man sagt ja, Macht korruptiert. Mit dem Zusammentreffen dieser beiden Pole war also die materielle Basis für die Machtergreifung gegeben. Durch die Erkenntnis, diese Macht in den Händen zu haben, gewannen seine persönlichen Ambitionen die Oberhand, denn ein oft benutztes Argument war, daß er Verantwortung hatte ohne Machtbefugnis und er wolle mehr Machtbefugnis, in anderen Worten, er wollte mehr politische Macht. (...)

Ziemlich spät kam schließlich die Antwort des Volkes, als sie Maurice Bishop aus dem Hausarrest befreiten. Das Volk reagierte schon vorher, das ist wichtig zu wissen, daß an dem Freitag vorher, als Maurice unter Hausarrest war, Selwyn Strachan in die Stadt gegangen war, um zu verkünden, daß Bernhard Coard der neue Premierminister werden sollte. Dabei haben ihn die Massen fast gelyncht. Sie wollten in der Druckerei des „Free West Indian“ Propagandamaterial drucken lassen, anti-Maurice-Bishop-Propaganda, in der ihm seine Fehler vorgehalten werden sollten etc., und die Arbeiter weigerten sich, sie zu drucken. Sie gingen zum Flugplatzbaugebiet, um Maurice zu verleumden, sie sagten, er wäre verantwortlich für alle Schwierigkeiten und die Arbeiter sagten, sie wollten das nicht hören, sie sollten Maurice herbringen. Und Selwyn versprach sogar, daß Maurice kommen würde. Sie gingen auch zu den Arbeitern der Elektrizitätsstation und die Arbeiter haben sie abgewiesen. Sie wußten also, daß das Volk, die Arbeiterklasse, auf die das Augenmerk der Partei ja gerichtet war, sie zurückgewiesen hatte. Und das ist ein weiterer Beweis für die faschistische Art, die Bandenmentalität, die diese Leute hatten. Obwohl sie wußten, daß sie keine Unterstützung hatten am größten Arbeitsplatz in Grenada, am Flugplatzbaugebiet, in der Elektrizitätsstation, sie gingen sogar zu einigen Abteilungen der Ministerien, zum Kommunikationsministerium, zum Bauministerium, zum Landwirtschaftsministerium. Überall, wo sie auftauchten, sagten die Arbeiter: Nicht mit uns.

Sie setzten also Coard an die Spitze der Partei — er heckte diese Verschwörung auch aus — und verschworen sich gegen das Volk, das ihn politisch nicht akzeptierte. Auch die Armee muß

man hierbei in Betracht ziehen und die Parteimitglieder in der Armee, die er für sich gewinnen konnte durch die politische Hegemonie, die er in der Parteiführung errungen hatte. Auch den ökonomischen Aspekt muß man sehen, denn Coard war in der Lage, die Leute beim Militär zu befordern und ihnen mehr Geld zu geben. Er konnte die Leute bestechen und ihre Loyalität gewinnen.

Letztendlich hatte der Putsch eine sehr dünne Basis und genoß keinerlei Unterstützung im Volk. Das ist eine Tatsache. Dabei sind manche von ihnen (den Coard-Leuten) immer noch voller Idealismus, Träumerei und entfernt von der Realität. Einige der Oktober-Mörder und Putschisten sagen, daß sie darauf warteten, von den Massen aus dem Gefängnis befreit zu werden. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Kein Mensch wird kommen und sie befreien. Und wenn sie befreit werden würden, würden sie keine zehn Schritte weit kommen, weil sie gelyncht würden. Ich glaube, sie sind verrückt. Das Beängstigende dabei ist, daß diese Leute so abgefahren waren auf ideologische Entwicklung, daß sie den Kontakt zu den Massen verloren. Ihr Kreis verengte sich immer mehr, so daß sie schließlich nur noch aus einer Clique bestanden, einer bewaffneten Bande. Zu viel theoretische Entwicklung. Es wurde zur Besessenheit. Eine sich selbst verzehrende Leidenschaft. Zu wenig Verbindung zwischen Theorie und Praxis. Sie fragten nicht, in welchem Stadium wir uns befinden. Sollten wir vielleicht alle Gelehrte und Theoretiker werden. In Wirklichkeit muß die ideologische Position als Richtlinie dienen für die Entwicklung und darf nicht zum Selbstzweck werden. Theoretiker sollen analysieren und führen helfen und das politische Programm unterstützen, aber Theorie darf nicht zum Selbstzweck der Politik werden. (...)

(Zu der Frage, warum von den parteiinternen Differenzen nichts nach außen gedrungen oder getragen worden war; warum niemand die Mitgliederzahl der Partei kannte, niemand wußte wie das Zentralkomitee gewählt wurde etc.)

Es gibt historische Erklärungen dafür, warum die Partei ihrem Charakter nach eine fast geheime Organisation war. Ich glaube nicht, daß die Zeit schon reif ist, um eine völlige Aufklärung über die Entwicklung geben zu können. Aber was man sagen kann ist, daß wir nach 1973 eine Massenpartei hatten. Die Repression wurde damals immer schlimmer, und es war notwendig, Genossen zu haben, die eine größere Disziplin hatten. Auf diese Weise bekam die

Partei einen immer geheimen Charakter. Es kam zur Revolution. Danach hat sich die Partei aber nicht in eine Massenpartei zurückverwandelt. Es gab allerdings Massenorganisationen, in denen viele Leute mitmachten. Gleichzeitig funktionierte aber das Herz und der Kern der Partei wegen seiner historischen Entwicklung fast wie eine Untergrundpartei. Dafür gibt es eine lange historische Erklärung. (...)

Bernhard Coard hat schon ziemlich früh erklärt, daß wir eine revolutionär-demokratische Gesellschaft seien und daß es das Ziel sei, sie in eine marxistisch-leninistische Gesellschaft umzuwandeln. Er sah sich selbst als Führer dieser Transformation. Gleichzeitig würde ich aber sagen — und das ist meine ganz persönliche Meinung —, daß zwar sein Modell darin bestand zu sagen, daß er das Land in eine marxistisch-leninistische Transformation führen wollte, aber seine Motivation war, meiner Meinung nach, Teilhabe an der Macht und Ehrgeiz. Er benutzte das als Werkzeug, meiner Meinung nach, und ich kenne ihn seit 1975.

Gleichzeitig kannte ich Maurice Bishop vermutlich besser als die meisten. Ich kannte seine Fähigkeiten, ich kannte ihn, seine abgerundete Persönlichkeit. Er war ein nationaler Versöhner. Jemand, dessen Interessen die Interessen der breiten Massen widerspiegeln. Er konnte die Menschen inspirieren. Er gab ihnen Vertrauen. Dagegen war Bernhard Coard ein Analytiker, ein machiavellistischer Charakter. Ich glaube, diese Faktoren sind wichtig für die Analyse der Ereignisse. (...)

(Auf die Frage, ob Coard ein Agent der USA war.)

Objektiv gesehen gibt es zweierlei Agenten: wissentliche und unwissentliche. Bernhard Coard ist viel zu intelligent, um den Unterschied nicht zu kennen. Objektiv gesehen war er ein Agent der Vereinigten Staaten. Wie ich schon gestern sagte, jedes Schulkind wußte, daß der Sturz von Maurice Bishop und besonders seine Exekution und das Schießen der Armee in die Massen die Grundlage für die Invasion war. Er muß geistig umnachtet gewesen sein. Es spricht jeder rationalen Erklärung Hohn.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 124

11. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West) März 1984 Solidaritätspreis DM 4,-



Aus dem Inhalt dieser Nummer:
NICARAGUA: FSLN kündigt Wahlen an — EL SALVADOR: FDR/FMLN bietet Übergangsregierung an — GUATEMALA: Zivile Selbstverteidigungspatrullen — ARGENTINIEN: Kraftproben

— EXIL: „Ich sitze im Moment zwischen zwei Stühlen“ — MEXICO: Juchitán — Ende einer Hoffnung? — JAMAICA: Die Wirtschaftskrise und ihre politischen Folgen

NICARAGUA: Wahlen noch in diesem Jahr

Zeitschriftentip

Der oben gedruckte Beitrag stammt aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN, einer sehr informativen Zeitschrift, die mindestens 11mal im Jahr erscheint. Die LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN, im 11. Jahrgang auch zugleich Chile-Nachrichten bieten umfangreiches Hintergrundmaterial, Analysen und Reportagen aus dieser Region, wo sich soviel an revolutionärer Bewegung tut.

Inhalt

NICARAGUA: FSLN kündigt Wahlen an / EL SALVADOR: FDR/FMLN bietet Übergangsregierung an / GUATEMALA: Zivile Selbstverteidigungspatrullen / Der Gefangene, das Huhn und die Wunder / ARGENTINIEN: Kraftproben / Polit-Pornografie / JAMAICA: Die Wirtschaftskrise und ihre politischen Folgen / GRENADA: Kenrick Radix: „Wie konnte es zu dem Putsch kommen?“ / „Springtime Pluto“ / KARIBIK: Fehleinschätzungen der US-Po-

Das Einzelheft mit dem Beitrag zu Grenada (Nr. 124) kostet 4,- DM (Solidaritätspreis, ein Abo 45 DM im Jahr).

Bestellungen bitte an: LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN, Im Mehringshof, Gneisenastraße 2, 1000 Berlin 61.

Zur Information: aus dem Inhalt der März-Ausgabe 1984:

litik gegenüber der Karibik / KOLUMBIEN: Landbesetzungen mit tragischen Folgen / BRD: DED unter Druck des BMZ / BRASILIEN: Interview mit Dilma Dallari / MEXICO: Juchitán — Ende einer Hoffnung? / SALVADORIANISCHE THEATERGRUPPE VRECHA / EXIL: Die andere Strafe / „Ich sitze im Moment zwischen zwei Stühlen“ / CHILE: Chronologie der Ereignisse 1983 / Solidarität: Aufruf des El-Salvador-Komitees / LESERBRIEF: Spaltung der FPL / REZENSION: Unterrichtsreihe Nicaragua / ZEITSCHRIFTEN-SCHAU /

Neue Filmförderungsrichtlinien

Zimmermann und das gesunde Volksempfinden

Im vergangenen Jahr war es noch ein Skandal, ein einmaliges, ein erstmaliges Ereignis: der Bundesinnenminister mischte sich direkt in die Arbeit der Filmförderung ein und verweigerte die Auszahlung einer schon lange bewilligten Rate zur Finanzierung von Herbert Achternbuschs Film „Das Gespenst“.

Jetzt hat „alles seine Ordnung“: nach den neuen Filmförderungsrichtlinien, die seit dem 1. März 1984 in Kraft sind, läuft nichts mehr ohne, schon gar nichts gegen Friedrich Zimmermann, den obersten Geschmacksrichter und Zensor für den Film.

Während die Produktionen großer Filmgesellschaften — z.B. „Das Boot“ von millionenschweren Geldgebern mitfinanziert werden, sich teure Werbefeldzüge in den Medien leisten können, hat der junge deutsche Film, der Autorenfilm vor allem, bisher immer öffentliche Mittel gebraucht. Diese wurden in der Regel vom Bundesinnenministerium vergeben. Expertenkommissionen schlugen Filme vor, bewerteten. Rund fünf Millionen Mark — das ist wahrlich nicht viel, wurden so bislang vergeben. Vor allem, wenn man weiß, daß das Bundeswirtschaftsministerium pro Jahr rund 35 Millionen Mark an Verleiher und Produzenten ausschüttet —, aber eben nur gegen den Beweis, daß das Geld auf dem Markt wieder eingespielt wird.

Bei den vom Innenministerium geförderten Filmen ist das anders. Hier stand im Vordergrund, daß auch Experimente, gegen gängige Trends gemachte Filme, künstlerisch Wertvolles gefördert werden soll. Sicher war nicht jeder dieser Filme später das, was erwartet worden ist, immerhin sind aber einige mittlerweile sehr renommierte Wer-

ke entstanden. So zum Beispiel „Die bleierne Zeit“, gefördert vom Innenministerium (vor Zimmermann).

Die neue Welle im Innenministerium gibt sich volkstümlich. Man will nur noch fördern, was auch „ankommt“. Dazu wird das „gesunde Volksempfinden“ von Zimmermann angeführt, das angeblich sichert, daß Filme bei „breitesten Teilen

ersten Fälle, die jetzt bekannt wurden.

Ein Kinder- und Jugendfilm, der gefördert werden sollte, ist von Zimmermann „in die Diskussion gestellt“ worden. Bei dem Projekt von Karin Braun geht es um die Schäden, die vietnamesische Kinder aus dem Krieg davongetragen haben. Zimmermann mißfällt an diesem Film eine „antiamerikanische Tendenz“.

Daß die Friedensbewegung nicht totgeschwiegen wird, ist offensichtlich der Grund, daß ein Episodenfilm mit Dokumentationsmaterial der Friedensbewegung von Lutz Konermann und anderen nicht gefördert werden soll.

Und auch „in die Diskussion gestellt“ worden ist ein Frauen-



Dr. Friedr. Zimmermann
MdB

Kritik der Filmemacher an Zimmermann: Ausschluß kritischer politischer Filme, Ausschluß erotischer Erfahrung, Unterdrückung des unabhängigen Films — kurz: Zensur!

der Bevölkerung“ ankommt. Wer noch nicht überzeugt ist, dem kommt Zimmermann mit Sparsamkeit, man könne doch „dem Steuerzahler“ nicht zumuten, die Filme mitzufinanzieren, die nur für eine kleine Minderheit gemacht wurden.

Um das alles ohne Probleme, Widersprüche und Aufsehen regeln zu können, gibt es jetzt eben diese neue Filmförderungsrichtlinien. Der Kernsatz dieser Richtlinie steckt im § 10, wo es heißt: „Zur Koordination der Filmförderung beim Bund (Paragraf 2 Absatz 3 FFG), insbesondere der Einreichverfahren bei verschiedenen Förderungssystemen, kann der Bundesminister des Innern die Filmförderungs-Anstalt im Wege der Amtshilfe um Mitprüfung der formellen Voraussetzungen für eine Förderung nach den Richtlinien bitten, außerdem kann die Film-Förderungs-Anstalt die Vorhaben und Entwürfe empfehlen, deren Förderung durch den Bundesminister des Innern sie für sinnvoll hält.“ Das muß man genau lesen, es geht nur um Empfehlung und Mitprüfung usw. Fördern ist allein Sache des Ministers, der sich über alle Gremien hinwegsetzen kann, allein entscheiden kann. Und was da auf die westdeutschen Filmemacher zukommt, zeigen die

spielfilmprojekt von Elfie Mikesch, das sich mit erotischen Themen befaßt.

Filmförderung und damit ein Teil der Kulturförderung des Staates überhaupt in Zimmermanns Händen ist ein Skandal. Daß lediglich die Marktchancen Beurteilungskriterien sind, ein zweiter, der Abbau des Mitspracherechts Betroffener ein dritter.

Zu Recht erklärte die „Bundesvereinigung des deutschen Films“, die rund 800 Regisseure, zehn Verleiher, 300 kommunale oder alternative Kinos vertritt u.a.: „Die Praxis von Minister Zimmermann und seiner Seilschaft haben wir in dem Jahr seiner Amtszeit kennengelernt: Zensur und Unfreiheit, massiver Eingriff in künstlerische und technische Gestaltung von Filmvorhaben. (...) Der Minister vertritt eine Auffassung von Filmkultur, die sich zur Produktions-, Vertriebs-, und Abspielwirklichkeit in unserem Land als sachfremd, rechtswidrig und ruinös verhält.“

Die Bundesvereinigung des deutschen Films erklärt: Wir werden unter diesen Bedingungen mit dem Bundesminister des Innern nicht kooperieren und niemanden in seine neuen Gremien entsenden...

Genau vor 50 Jahren ...

... am 1. März 1934 trat das von den Nationalsozialisten erlassene „Lichtspielgesetz“ in Kraft. Dieses Zensurgesetz war damals das endgültige Aus für den weithin anerkannten deutschen Film der 20er und frühen 30er Jahre.

Der Leiter der in Berlin ansässigen „Film-Prüfstelle“, ein Regierungsrat Heinrich Zimmermann, trat damals natürlich nicht als Oberzensor auf, sondern tat seine Arbeit, wie es das Gesetz vorsah, für das „deutsche Ansehen“.

Mit dem „Lichtspielgesetz“ war zunächst eine Vorzensur eingerichtet, die verlangte, daß jedes Drehbuch dem „Reichsfilmrat“ vorzulegen sei. Dessen Aufgabe war „rechtzeitig (...) verhindern, daß Stoffe behandelt werden, die dem Geist der Zeit zuwiderlaufen“ (§ 2 Lichtspielgesetz).

Konkretisiert wurden die Punkte im § 7 dieses Gesetzes. Danach wurde kein Film erlaubt, „wenn die Prüfung ergibt, daß die Vorführung des Films geeignet ist, lebenswichtige Interessen des Staates, oder die öffentliche Ordnung oder Sicherheit zu gefährden, das nationalsozialistische, religiöse, sittliche oder künstlerische Empfinden zu verletzen, verrohend oder entsittlichend zu wirken, das deutsche Ansehen oder die Beziehung zu auswärtigen Staaten zu gefährden...“

Über all dem stand noch der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, der höchstpersönlich eine „Nachprüfung“ beantragen und durchführen und auch Verbote aussprechen konnte.

Zum Schluß:

Zimmermann läßt den Menschen suchen, der politische Witze erfindet. Endlich finden seine Agenten in einer einsamen Hütte im Schwarzwald einen uralten Mann, der auch zugeht, sich solche Witze auszudenken. Das habe er immer schon gemacht, zu Kaisers Zeiten und erst recht bei den Nazis. Sagt der Fahndungsleiter: „Damals war es vielleicht noch berechtigt, aber heute: da geht alle Staatsgewalt vom Volke aus, gemeinsam schaffen wir Wohlstand und Sicherheit für alle, und der Mensch steht im Mittelpunkt der Politik...“ Unterbricht ihn der Alte: „Der ist aber nicht von mir.“

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

Wochenseminare der KPD 1984

- Den Unkostenbeitrag pro Woche müssen wir leider auf 70,— DM erhöhen.
- Anmeldungen an die KPD, Org.-Büro, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691-92
- Themen: Einführung in die politische Ökonomie + Klassen und Klassenkampf + Staat und Revolution + Der Imperialismus + Was bringt uns der Sozialismus + Aus der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung.
- Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.
- Termine: 24. - 29. April 1984 (Osterferien) 17. - 23. September 1984
- Vom 7. - 13. Mai findet ein Wochenendseminar in türkischer Sprache statt.

Anmeldung

Ich möchte in der Zeit vom bis an einem Wochenseminar der KPD teilnehmen.

Name Vorname

Anschrift

Beruf Unterschrift

Einladung

zur Frauenkonferenz der KPD am 7./8. April 1984

Liebe Genossinnen,

folgendes wollen wir auf unserer Konferenz diskutieren:

1. Zusammenfassung der bisherigen Ansätze von Frauenarbeit in unserer Partei
 2. Wie stellen wir uns die weitere Arbeit vor? (Probleme der Anleitung und konkreteren Frauenpolitik der Partei)
 - 3.1 Verabschiedung einer Frauenresolution
- Zu den Punkten 1. und 2. halten wir eine Unterteilung in
- a) Betriebs- und Gewerkschaftsfrauenarbeit
 - b) Mitarbeit in betrieblich orientierten Frauengruppen (z.B. Hoesch / HDW)
 - c) Mitarbeit in autonomen Frauengruppen
 - d) Hausfrauenarbeit

für notwendig. Hier wollen wir die Erfahrungen, anstehende Aufgaben und Probleme während der Konferenz vor allem in Arbeitsgruppen diskutieren.

Als weitere Diskussionsthemen (im Plenum) sind geplant: Probleme der Frauen in der KPD, Pro und Kontra Teilzeitarbeit.

Wir laden ein: Genossinnen, die bereits aktiv Frauenarbeit in einem der o.g. Bereiche (a-d) machen.

Anmeldungen möglichst umgehend, spätestens aber bis zum 30.3.1984 (damit wir euch noch rechtzeitig Arbeitsunterlagen zuschicken können, Tagesordnung etc.)

Termin: Anreise 6.4. abends oder 7.4. morgens, Ende der Konferenz 8.4., 15.00 Uhr.

P.S.: Ihr müßt mit einem Unkostenbeitrag zwischen 25,— und 40,— DM rechnen.

Ich möchte an einer Frauenkonferenz der KPD teilnehmen

Name Vorname

Anschrift

Beruf Unterschrift

Bitte einsenden an: KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

Heinrich Böll zum Thema:



„Wir werden uns darauf gefaßt machen müssen, daß nur noch Lebensfreude uns entgegenkommt, kein kritisches, kein skeptisches Wort, nichts mehr. Und ich frage mich, wie die Arbeitslosen, die Ausländer, die Asylanten, die vielen Menschen, denen die Lebensfreude nicht so recht gelingen will, wie sie darauf reagieren werden. Die ganze Vorstellung von Kunst, die hinter dem Konzept von Herrn Zimmermann steht, ist einfach — ich finde kein Wort dafür — unglaublich.“

März, 1984

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaß, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318. 6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 66 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.